



Anti-Raser-Kampagne „Komm gut an! Sieger rasen nicht!“

Fecht-Olympiasiegerin
Britta Heidemann
wirbt für faires Fahren

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie sich über das Titelbild dieser Streife gewundert? Eine erfolgreiche Sportlerin auf der Titelseite einer Zeitschrift für die Polizei?

Bereits in der Ausgabe 3-2009 fand sich an gleicher Stelle der Nationaltorhüter Manuel Neuer, der unsere Gurtkampagne „ER hält alles – der Profi fährt mit Gurt“ als prominenter Pate unterstützte. In diesem Jahr hat sich die sympathische Weltklassefechterin und Olympiasiegerin Britta Heidemann bereit erklärt, die Geschwindigkeitskampagne 2010 „Komm gut an! Sieger rasen nicht!“ zu unterstützen.

Über ein Drittel der Verkehrsunfälle mit schweren Folgen haben ihre unmittelbare Ursache im zu schnellen Fahren. Somit stellt überhöhte Geschwindigkeit das größte Problem im Straßenverkehr dar. Zudem spielt der Faktor Geschwindigkeit auch bei anderen Unfallursachen wie „Vorfahrt“ oder „Abstand“ eine bedeutende Rolle.

Jeder tödliche Verkehrsunfall bedeutet unermessliches Leid für Angehörige, Freunde und Bekannte. Aber auch für den Verursacher und dessen Familie ist ein derartiges Ereignis eine Tragödie. Das Leben ist nicht mehr so, wie es vorher war. Die Polizei leistet einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung von schweren Unfällen und deren Folgen.



Aus diesem Grund haben wir im Oktober 2009 damit begonnen, die aktuelle Kampagne zu planen. In mehreren Fachtagungen sind unter Beteiligung vieler Fachleute gute Ideen entwickelt worden. Diese setzen wir jetzt im Laufe des Jahres 2010 mit unterschiedlichen Aktionen um. Näheres dazu finden Sie in dieser Ausgabe.

Unser Ziel ist, dass im Straßenverkehr nicht gerast wird. Wir hoffen darauf, dass am Ende des Jahres 2010 erneut eine positive Unfallentwicklung steht.

Bitte helfen Sie weiterhin durch engagierte Verkehrssicherheitsarbeit mit, dieses Ziel zu erreichen.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie bei Ihren dienstlichen und privaten Fahrten stets „gut ankommen“.

**Ihr Dieter Wehe, Inspekteur der
Polizei Nordrhein-Westfalen**



04

Konsequent

Anti-Raser-Kampagne 2010
„Komm gut an! Sieger rasen nicht!“ gestartet.



31 Gewalt

Abgestimmte Maßnahmen und bessere Hintergrundinformationen sollen Polizeibeamte besser vor Angriffen schützen.



19

Digitalfunk

Auftragsvergabe für Handfunkgeräte im Handyformat und neue Leitstellentechnik



04

Neonazid

Wenn ein Leben nur Minuten dauert

I N H A L T

- 4** Polizei NRW startet Anti-Raser-Kampagne „Komm gut an! Sieger rasen nicht!“
- 9** Beilage: Informationsfaltblatt zum EU-Führerscheinrecht vom LAFP überarbeitet
- 10** Gewalt gegen Polizeibeamte: Neuer Fragebogen soll Gefahr verringern helfen
- 13** Einladung zur Fachtagung „Qualität polizeilicher Arbeit“ nach Wuppertal
- 14** Projekt Digitalfunk: Erste Aufträge für Handfunkgeräte und Leitstellentechnik vergeben
- 18** Neonatizid, der schreckliche Tod von Säuglingen kurz nach ihrer Geburt
- 22** „Nur die Titanic liegt tiefer“, Informationen des LAFP zur Tune-it-safe-Kampagne
- 26** Fortbildung beim PP Wuppertal: Hier kommt der Trainer nachts auf die Wache
- 28** Innenminister vergibt den Landespreis Innere Sicherheit an vier vorbildliche Ordnungspartnerschaften
- 32** Polizeibeamte erhalten Lebensrettungsmedaile für selbstlosen Einsatz
- 36** Personalien
- 38** Rätsel

R E D A K T I O N

Ralf Hövelmann,
Redaktion „Streife“
Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: streife@im.nrw.de
www.streife-online.nrw.de

„Komm gut an! Olympiasiegerin Britta Heidemann Anti-Raser-Kampagne und wirbt

Olympiasiegerin
Britta Heidemann
und Innenminister
Dr. Ingo Wolf starten
in Düsseldorf
gemeinsam die
Anti-Raser-
Kampagne 2010.
Foto: Jochen Tack



Innenminister Dr. Ingo Wolf startete Anfang Januar in Düsseldorf die landesweite Anti-Raser-Kampagne der nordrhein-westfälischen Polizei „Komm gut an! Sieger rasen nicht“. An seiner Seite – prominente Unterstützung aus der Welt des Sports.

Britta Heidemann, Fecht-Olympiasiegerin 2008 und Weltmeisterin des Jahres 2007 hatte sich auf Anfrage spontan als Botschafterin für die Kampagne zur Verfügung gestellt. „In einer Sportart, die von Schnelligkeit, Präzision und Kon-

zentration lebt, kommt man nur mit Besonnenheit ans Ziel und zum Sieg“, erklärten Innenminister Wolf und die sympathische Spitzensportlerin auf der Pressekonferenz zum Kampagnenauftritt. Britta Heidemanns Antwort auf die Frage, warum sie sich für eine besonnene Fahrweise engagiert, kommt von Herzen. Sie hat einen jüngeren Bruder, dem sie sich eng verbunden fühlt. Sie kann sich deshalb gut vorstellen, wie schlimm es ist, einen nahen Angehörigen zu verlieren, nur weil jemand es besonders eilig hatte.

Britta Heidemann, die selbst viel mit dem Auto unterwegs ist, will insbesondere für junge Menschen ein Vorbild sein.

„Genau wie im Sport muss man sich im Straßenverkehr an die Regeln halten und fair bleiben. Das ist wichtig, damit andere nicht zu Schaden kommen und man selbst nicht bestraft wird“, sagte die Fechterin.

Wolf: „Auch wenn die Zahl der 2009 im Straßenverkehr Getöteten und Verletzten gesunken ist, lässt uns

Sieger rasen nicht!“

unterstützt landesweite für faires Fahren



Landstraßen „laden“
zum Rasen ein, oft genug
mit tödlichen Folgen.
Foto: Günter Jungmann

Was ist denn so schlimm daran? – Wenn Gefahren falsch eingeschätzt werden...

das nicht ruhen“. Welche Bedeutung dabei Kampagnen zukommt, beweist die letztjährige Sicherheitskampagne mit Torhüter Manuel Neuer „ER hält alles - Der Profi fährt mit Gurt.“. Die Zahl der Verkehrstoten, die nachweislich nicht angeschnallt waren, sank um rund 20 Prozent.

Wolf: „Dies macht deutlich, dass es richtig ist, dass die Polizei die Hauptursachen für tödliche Verkehrsunfälle durch Aufklärung und Verfolgung gezielt ins Visier nimmt.“

Zu schnelles Fahren ist Unfallursache Nr. 1 bei den tödlichen Verkehrsunfällen!

Diese Erkenntnis ist nicht neu und doch – wer fühlt sich in einem modernen Fahrzeug mit Airbags, ABS, ESP und Sicherheitsgurt wirklich bedroht? Was soll schon bei 50 km/h Aufprallgeschwindigkeit passieren? Der Kölner Physiker Professor Dr. André Bresges vom Institut für Physik und ihre Didaktik der Universität zu Köln liefert erstaunlich ein-

fache Antworten auf diese und viele andere interessante Fragen.

Ein Aufprall mit 50 km/h auf ein stehendes Hindernis entspricht einem Sturz aus 10 Metern – bei 100 km/h aus 40 Metern Höhe!

Niemand wird so leichtsinnig sein, ungesichert im Absprungbereich eines 10 Meter-Sprungturms zu stehen, wenn im Schwimmbecken kein Wasser ist. Die Fahrt mit



Die Foto- Dokumentation eines folgenreichen Verkehrsunfalls auf der B509 bei Krefeld-Kempen.

Fotos:
Günter Jungmann

130 km/h – das sind 36 Meter pro Sekunde – auf einer von Bäumen gesäumten Landstraße ruft hingegen erstaunlich wenig Ängste hervor.

Prof. Dr. Bresges hat durch Befragungen herausgefunden, dass Menschen die Gefahren des zu schnellen Fahrens für sich selbst und andere falsch einschätzen. Die Antwort auf die Frage: „Was ist denn so schlimm daran, mit 50 km/h durch eine 30 km/h-Zone zu fahren?“ hat die Befragten nachdenklich gemacht:

Wo Sie bei 30 km/h zum Stehen kommen, fangen Sie mit 50 km/h erst an zu bremsen!

Prof. Dr. Bresges hat in Folgebefragungen herausgefunden, dass sich das Verhalten der Probanden im Wissen um die Gefahren des zu schnellen Fahrens dauerhaft verändert hat. Auf diese Erkenntnis baut die Kampagne auf, die sich in diesem Jahr mit dem folgenden Slogan

in den Köpfen der Verkehrsteilnehmer festsetzen will: "

„Komm gut an! Sieger rasen nicht!“

Die Frage, warum die Polizei im Jahr 2010 die „Geschwindigkeit im Straßenverkehr“ zu einem landesweiten Kampagnenthema macht, erübrigt sich, wenn man die Verkehrsunfälle mit Getöteten und Verletzten im Hinblick auf die jeweiligen Unfallursachen auswertet.

2009 wurden in Nordrhein-Westfalen 13.897 Verletzte und 226 Getötete im Straßenverkehr in Folge nicht angepasster Geschwindigkeit registriert.

Junge ungeübte Fahrer, Wiedereinsteiger und „verkappte“ Rennfahrer unter den Motorradfahrern sowie Raser auf Landstraßen und in den Städten sind in Nordrhein-Westfalen vielerorts zu finden.

Keiner fühlt sich als Raser – das soll sich ändern!

Zusammen mit den Verkehrsexperten in den Behörden hat das Innenministerium vier Schwerpunkte für die Kampagne festgelegt. Zu jedem dieser Themen plant eine Behörde eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung als Auftakt für weitere präventive und repressive Aktionen.

1. Quartal

PP Bonn – Junge Fahrer

2. Quartal

LR Paderborn – Motorradfahrer

3. Quartal

PP Münster – Innerörtlicher Verkehr

4. Quartal

LR Euskirchen – Landstraße

Andere Polizeibehörden können die fertigen Konzepte der Pilotbehörden übernehmen und im eigenen Zuständigkeitsbereich umsetzen.



Ein tödlicher Verkehrsunfall bedeutet Leid für viele Menschen

Marcel, 8 Jahre, hat nach dem Tod seiner Eltern vor zwei Jahren den Boden unter den Füßen verloren. Nach dem Verkehrsunfall hat er zunächst bei seinen Großeltern gewohnt. Die alten Leute sind aber mit dem Tod ihres einzigen Sohnes und der neuen Lebenssituation selbst nicht fertig geworden. Heute lebt Marcel in einer anderen Stadt bei einer entfernten Cousine seiner Mutter, deren Familie er gar nicht kannte. Sie hat den früher so lebenslustigen kleinen Jungen zu sich geholt. Sie wollte einfach nicht, dass Marcel in ein Heim kommt.

Marcel hat viele Leidensgenossen. Alleine 2009 sind 621 Menschen auf nordrhein-westfälischen Straßen bei Verkehrsunfällen getötet worden. 226 davon, also mehr als jeder Dritte, sind nachweislich Opfer un-

angepasster Geschwindigkeit geworden.

Das sind zwar deutlich weniger als noch 2008 - hinter jedem dieser Fälle verbergen sich aber Schicksale, insbesondere für die Hinterbliebenen.

Marcel's Eltern waren auf dem Rückweg von einem Konzert schon fast zu Hause angekommen, als ihnen hinter einer Kurve ein Fahrzeug auf ihrer Fahrspur entgegen kam. Der junge Unfallverursacher überlebte den Aufprall schwerverletzt. Was er aus Leichtsinn angerichtet hat, ist ihm erst nach und nach bewusst geworden.

So wie in dieser fiktiven Geschichte oder zumindest so ähnlich könnte das Schicksal jeden ereilen - die Bandbreite der denkbaren Möglichkeiten ist groß. Wenn ein Mensch bei einem Verkehrsunfall getötet wird,

leiden neben den Familienangehörigen, Freunden, Bekannten und Arbeitskollegen oft auch Zeugen und Ersthelfer. Viele werden mit dem, was sie mit ansehen mussten, nicht fertig und brauchen in der Folge Hilfe. Aus der Notfallseelsorge ist bekannt, dass etwa 100 Menschen darunter leiden, wenn jemand bei einem Verkehrsunfall getötet wird.

Bei aller Professionalität im Umgang mit Unfällen - auch Rettungssanitäter und Polizisten können schreckliche Unfallbilder nicht einfach aus ihren Köpfen löschen. Und wer kann schon behaupten, dass es nicht unter die Haut geht, wenn man zum Beispiel einer jungen Mutter die Nachricht überbringen muss, dass ihr Mann tödlich verunglückt ist.

Schockierte Retter:
Nach dem der Unfallfahrer mit hoher Geschwindigkeit auf einen Baum geprallt war, zerriss sein Fahrzeug in zwei Teile. Er wurde aus dem Fahrzeug geschleudert und dabei tödlich verletzt.

Wolfgang Baldes, IM NRW

„Hände nicht in den Schoß legen“

Verkehrsreferent Wolfgang Blindenbacher im Interview zur Anti-Raser-Kampagne



Streife: Herr Blindenbacher, wozu braucht es – angesichts der erfolgreichen Umsetzung der „Fachstrategie Verkehrsunfallbekämpfung“, bei der die Reduzierung von Verkehrsunfällen mit den schwerwiegendsten Folgen Priorität genießt – eine Geschwindigkeitskampagne?

Ich bin mir des besonderen Engagements der Beamtinnen und Beamten auf dem Feld der Verkehrssicherheitsarbeit durchaus bewusst und möchte es nicht versäumen, allen daran Mitwirkenden meinen besonderen Dank auszusprechen.

Angesichts der Tatsache, dass die Verkehrsunfallstatistik für unser Land nahezu regelmäßig Jahr für Jahr neue Tiefststände hinsichtlich der Zahl der Verkehrstoten ausweist, höre ich immer wieder Aussagen wie „man sei ja nun wohl am Ziel“ oder „man solle das Thema etwas entspannter betrachten“. Dafür gibt es jedoch keinen Grund - im Gegenteil: Über 600 Verkehrstote im Jahr 2009 auf nordrhein-westfälischen Straßen sind wahrlich kein Anlass, die Hände in den Schoß zu legen. Wenn wir darüber hinaus zur Kenntnis nehmen müssen, dass davon mehr als 220 Tote der Unfallursache

„Geschwindigkeit“ zuzuschreiben sind, so ist das für mich ein überzeugendes Argument, zielgerichtete Kampagnenarbeit zu leisten.

Was hat es denn mit dem Kampagnen-Slogan „Komm gut an! – Sieger rasen nicht!“ auf sich?

Nachdem Manuel Neuer vom FC Schalke 04 die Jahreskampagne 2009 unterstützt hat, konnte nun für die Jahreskampagne 2010 die Fecht-Olympiasiegerin und Weltmeisterin Britta Heidemann gewonnen werden. Die Sportlerin stellt sich zu meiner großen Freude als Spitzensportlerin von Weltrang mit ihrer ausgesprochen charmanten Art in den Dienst der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit. Sie ist ein Paradebeispiel dafür, wie man mit Souveränität und Zielstrebigkeit zum Erfolg kommt, ohne sich auf Kosten anderer Vorteile zu verschaffen. Diese Mentalität wird durch den Slogan versinnbildlicht.

Welche Ziele genau werden mit der Kampagne verfolgt?

Die Jahreskampagne befasst sich mit vier Themenfeldern, die im Quartal den jeweiligen Schwerpunkt bilden. Hierbei geht es uns um systematische Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, von der letztlich alle profitieren. So werden zunächst die am meisten gefährdeten Verkehrsteilnehmer, die

so genannten „Jungen Fahrer“, mit ihrer im Vergleich zu anderen Altersgruppen zweifach höheren Verunglückungshäufigkeit, in den Fokus genommen. Im Frühjahr, zu Beginn der Krad-Saison, folgen die Motorradfahrer. Im dritten Quartal legen wir unser Augenmerk auf innerörtliche Bereiche, weil dort die Zahl der Verkehrsunfälle mit Getöteten in den letzten Jahren in etwa konstant geblieben ist, während es beispielsweise auf Autobahnen deutliche Rückgänge zu verzeichnen gab. Im letzten Jahresquartal widmen wir uns, nicht zuletzt wegen des bei unangepasster Geschwindigkeit erheblichen Gefahrenpotenzials durch schlechte Sicht- und Fahrbahnverhältnisse, den Landstraßen.

Wird es – nachdem die Auftaktveranstaltung mit Britta Heidemann ausschließlich vor Medienvertretern stattfand - schwerpunktbezogene Veranstaltungen in Kreispolizeibehörden mit Herrn Minister Dr. Wolf geben?

Sie spielen auf die Veranstaltungen in verschiedenen Kreispolizeibehörden mit Herrn Minister und den Herren Staatssekretären im Rahmen der Gurtkampagne 2009 an, die sehr gut aufgenommen worden sind. Wir werden diese Unterstützung auch im laufenden Jahr zu Beginn der jeweiligen Quartalsaktionen in mehreren Kreispolizeibehörden des Landes erleben.

Info-Faltblatt: EU-Führerscheinrecht

Bewährter Streife-Beileger zur Information von Einsatzkräften neu aufgelegt

Nach Inkrafttreten der Fahrerlaubnisverordnung im Januar 1999 gab das Innenministerium Nordrhein-Westfalen das Faltblatt „EU-Führerscheinrecht“ mit den bestehenden Fahrerlaubnisklassen und einigen Zusatzinformationen im „Brusttaschenformat“ erstmalig heraus. Das Faltblatt wurde zwischenzeitlich mehrfach inhaltlich überarbeitet in hoher Auflage veröffentlicht. Da diese Faltblätter mittlerweile sämtlich vergriffen sind, wurde es vom LAFP „auf Stand“ gebracht und liegt nunmehr dieser Ausgabe der „Streife“ bei.

Dieser Flyer dient der Zuordnung der erforderlichen Fahrerlaubnisklasse eines Kraftfahrzeugführers. Zur Zielgruppe gehören alle Kräfte des Wachdienstes, der Verkehrsdienste und der Verkehrskommissariate. Eine Liste mit Erläuterungen zu den im Führerschein eingetragenen Schlüsselnummern ist in der Anlage 9 zur Fahrerlaubnisverordnung zu finden. Sie kann auch unter der auf dem Flyer angegebenen Internetadresse bzw. Intranetadresse per Download bezogen werden.

Das Fahrerlaubnisrecht und weitere verkehrsrechtliche Themen werden in der Seminarreihe „Rechtsfragen im täglichen Dienst – Modul B: Aktuelle Entwicklungen im Verkehrs- und Fahrerlaubnisrecht“ (Schlüsselnummer 171002-006-32-11) beim LAFP NRW im Bildungszentrum Münster ausführlich dargestellt und erläutert.

Zusätzliche Exemplare können per E-Mail unter dez32.geschaeftszimmer.lafp@polizei.nrw.de oder per Download im Internet unter www.im.nrw.de bezogen werden.

Phillip Meiners, LAFP NRW

Klasse	Beschreibung	Erwerb	setzt voraus	schließt ein	Bemerkungen
M	zweirädrige Kleinkrafträder bis 50 ccm mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von bis zu 45 km/h	ab 16 Jahren	--	--	
A1	Krafträder mit einem Hubraum von bis zu 125 cm³ mit einer Motorleistung von bis zu 11 kW (15 PS)	ab 16 Jahren 	--	M	Bis mindestens 80 km/h gefahren
A beschränkt	Krafträder mit einer Motorleistung von bis zu 25 kW und einem Leistungsgewicht bis zu 0,16 kW/kg	ab 18 Jahren	--	A1, M	
A	Krafträder über 50 cm³ oder über 45 km/h, auch mit Beiwagen. 	ab 20 Jahren bei mindestens zweijährigem Besitz der Klasse A beschränkt	A beschränkt	A1, M	Ab dürfen schgeführt einren Führer Kla wirkt nach zwölber Vollber sch
B	Kraftfahrzeuge bis 3,5 t zulässiger Gesamtmasse und maximal 8 Sitzplätzen (ausgenommen Fahrersitz), auch mit Anhänger zGM bis 0,75 t	ab 17 Jahren (Begleitetes Fahren), ab 18 Jahren uneingeschränkt	--	M, L, S 	Als wot san ger als Zugfahrzeug
BE	Züge aus B-Zugfahrzeug und Anhänger über 0,75 t zulässiger Gesamtmasse (sofern der Zug nicht unter Klasse B fällt) 	ab 17 Jahren (Begleitetes Fahren), ab 18 Jahren uneingeschränkt	B	--	Gemäß § 42 StVZO darf die zGM des Anhängers nicht die zGM des ziehenden Pkw überschreiten. Bei einem Pkw, der Geländefahrzeug ist, darf das zGM des Anhängers max. das 1,5fache des zGM des ziehenden Fahrzeuges betragen.
C1	Kraftfahrzeuge mit 3,5-7,5 t zulässiger Gesamtmasse, maximal 8 Sitzplätze (ausgenommen Fahrersitz) 	ab 18 Jahren	B	--	Anhänger bis 0,75 t zulässiger Gesamtmasse, befristet gültig
C1E	Züge aus C1-Zugfahrzeug und Anhänger über 0,75 t zulässiger Gesamtmasse  Kfz > 3,5 t > 750 kg	ab 18 Jahren	C1	BE, D1E oder DE sofern D1 oder D vorhanden	Züge bis 12 t zulässiger Gesamtmasse und zuläss. Gesamtmasse des Anhängers nicht größer als Leermasse d. Zugfahrzeuges. Unter 21 Jahren keine gewerbliche Güterbeförderung gültig
C	Kraftfahrzeuge über 7,5 t zulässiger Gesamtmasse, maximal 8 Sitzplätze (ausgenommen Fahrersitz)  Kfz > 3,5 t < 750 kg	ab 18 Jahren	B	C1	Anl. Unl. we. run. Bef.
CE	Last- und Sattelzüge 	ab 18 Jahren	C	BE, C1E, D1E oder DE, sofern D1 bzw. D vorhanden, T	sie
D1	Omnibusse mit 9-16 Sitzplätzen (ausgenommen Fahrersitz) 	ab 21 Jahren	B	--	Anhänger bis 0,75 t zulässiger Gesamtmasse. Befristet gültig.
D1E	Züge aus D1-Zugfahrzeug und Anhänger mit mehr als 0,75 t zulässiger Gesamtmasse	ab 21 Jahren	D1	BE, C1E, sofern C1 vorhanden	Züge bis 12 t zGM und zGM des Anhängers nicht größer als Leermasse des Zugfahrzeuges.



Für mehr Sicherheit bei der täglichen

Neuer Fragebogen erfasst Gewalt gegen

Die Festnahme
eines gewalttätigen
Straftäters durch
Polizeibeamte.
Foto: Jan Potente



Leider kein Einzelfall aus dem vergangenen Jahr: In Mülheim an der Ruhr rief ein Bürger die Polizei, weil junge Männer ihm seine Jacke rauben wollten. Die ersten eintreffenden Polizeibeamten trafen dann vor Ort auf 25 gewaltbereite junge Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren, die sofort die Beamten bespuckten und mit Bierflaschen sowie sonstigen Gegenständen attackierten. Nur dank der Unterstützung aus der benachbarten Polizeiinspektion konnten die

Haupttäter schließlich festgenommen werden. Bei den Auseinandersetzungen wurden zwei Beamte der PI Mülheim verletzt.

Vermehrte Hinweise auf gewalttätige Angriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hatte das Innenministerium bereits 2008 zum Anlass genommen, sich damit intensiv auseinanderzusetzen. Betroffen sind inzwischen nicht nur Einsätze bei bestimmten Fußballspielen und Versammlungen, sondern immer mehr

auch Einsätze im täglichen Dienst. Selbst bei vermeintlich unbedeutenden Anlässen kann die Gewalt eskalieren. Gruppensolidarisierung und Alkohol wirken wie Verstärker. In diesem Zusammenhang wird häufig von zunehmender Respektlosigkeit, Missachtung staatlicher Gewalt sowie schwindenden Hemmschwellen gegenüber der Polizei berichtet. Allerdings gab es bislang kein aussagekräftiges Lagebild „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“.

Arbeit Polizisten

Polizei NRW ergreift Initiative

Mit Beginn dieses Jahres wird sich das ändern. Auf Initiative Nordrhein-Westfalens hat unter Leitung des Inspektors der nordrhein-westfälischen Polizei Dieter Wehe die bundesweite Projektgruppe „Einsatzlagen des täglichen Dienstes“ ein Erhebungsraster für ein solches Lagebild entwickelt. „Die Kriminalstatistik gibt bislang keine Auskunft über Umfang und Form der Gewalt gegen Polizeibeamte, die Einsatzanlässe und -situationen sowie die Folgen der Gewalt für die Beamtinnen und Beamten“, erläutert Wehe den Anlass für das Projekt. „Mit dem Lagebild wird die Grundlage für Entscheidungen geschaffen, insbesondere die Sicherheit im täglichen Dienst weiter zu verbessern.“

Keine Beteiligung an KFN-Studie

Zunächst hatten alle Innenminister geplant, dass das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN) die entsprechenden Daten im Rahmen des Forschungsprojektes „Gewalt gegen Polizeibeamte“



PD Hinzen aus dem Innenministerium erläutert den Behördenvertretern: Um weiteren Handlungsbedarf erkennen und Entscheidungen treffen zu können, benötigt die Polizei NRW das aussagekräftige Lagebild.
Foto: Roman, LAFP NRW

Informationen vom Landeskriminalamt

In einer Informationsveranstaltung am 26. Januar 2010 in Selm wurden Vertreter aller Kreispolizeibehörden über Hintergründe und Ziele zur Sonderauswertung „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ informiert.

Während Vertreter des LKA und des LZPD den Prozess der Datenerhebung darstellten und zu überwiegend technischen Fragen Stellung nahmen, warb PD Hinzen, Innenministerium NRW, nachdrücklich für die erforderlichen Datenerhebungen und erläuterte Zielrichtung und Zweck des Lagebildes.

bundesweit erheben sollte. Dieter Wehe: „Deren vorgelegter Fragenkatalog ging dann aber weit über unseren Informationsbedarf hinaus. So waren auch Fragen zur Persönlichkeit der Beamtinnen und Beamten vorgesehen. Wir wollen aber jeden Anschein vermeiden, dass die Erfahrungen und Einstellungen unserer Kolleginnen und Kollegen ausgeforscht werden sollen. Deshalb haben wir Mitte Dezember entschieden, dass wir uns nicht weiter an der KFN-Studie beteiligen.“ Auch die Länder Hamburg, Sachsen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und die

Bundespolizei haben ihre Mitarbeit an dem Projekt aufgegeben.

Für Innenminister Dr. Ingo Wolf hat die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten höchste Priorität. „Wir wollen unsere Polizistinnen und Polizisten bestmöglich vor gewalttätigen Angriffen schützen. Dazu werden wir alles Erforderliche tun. Voraussetzung ist aber, dass wir verlässliche Daten haben.“

„Da die Erhebungsbögen vernichtet werden, brauchen die Kolleginnen und Kollegen keine Sorge wegen ihrer

Anzeige

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Voranberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de

Bei Umschuldung Raten bis 50% reduzieren

supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30.000,- € günstige 281,05 € mtl., 70.000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., ab *5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab *5,75% *effektiver Jahreszins auch günstig an Angestellte ab 5 Jahre i.d.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei **Tel. 0800/1000 500**

www.ak-finanz.de

Bilder aus den Medien, wie man sie von bestimmten Fußballspielen und Versammlungen kennt. Auch die Gewalt gegenüber Kolleginnen und Kollegen des Wachdienstes erfordert entschlossenes rechtsstaatliches Handeln.
Foto Jochen Tack



Daten zu haben“, weist Inspekteur Wehe darauf hin, dass datenschutzrechtliche Belange gewahrt sind.

In den vergangenen Jahren gab es bereits Verbesserungen von Ausstattung, Eigensicherung sowie Aus- und Fortbildung. Auf Vorschlag einer landesweiten Arbeitsgruppe werden die Beamtinnen und Beamten im Wachdienst aktuell mit Einsatzschutzhelmen ausgestattet. Mehrere Modelle des Einsatzmehrzweckstocks (EMS-A) für den Wachdienst werden bis Mitte Februar im Training und in der Praxis erprobt. Dieter Wehe: „Damit ist bereits ein guter Schutz erreicht. Um weiteren Handlungsbedarf erkennen und Entscheidungen treffen zu können, benötigen wir aber das aussagekräftigere Lagebild. Deshalb gibt es für uns dazu auch keine Alternative.“

Udo Tönjann, IM NRW

Gewalt gegen PVB - Sondererhebung

Anlass		Datum	
Straftat(en) (alle im IGVP Datensatz erfassten Delikte eintragen!)		Erfassung in Onlineabfrage	
		Ja ☐	
1. Ereignisort	3.2 Anlass im täglichen Dienst		
1.1 Größe der Kommune	☐ Präsenzstreife		
☐ Unter 20.000 Einwohner	☐ Verkehrssicherheitsarbeit		
☐ 20.000 bis 100.000 Einwohner	☐ Kriminalitätsbekämpfung		
☐ 100.000 bis 500.000 Einwohner	☐ Häusliche Gewalt		
☐ 500.000 und mehr Einwohner	☐ Verbale oder tätliche Auseinandersetzung		
	☐ Ruhestörung		
	☐ Ansammlung		
1.2 Örtlichkeit	☐ Amts- und Vollzugshilfe		
☐ Öffentliche/ Straße, Weg, Platz	☐ Sachbearbeitung		
☐ Privathaus, -wohnung, -grundstück	☐ Sonstiger Anlass im täglichen Dienst		
☐ Geschäft/Einkaufszentrum			
☐ Polizeidienststelle	3.3 Maßnahme, bei der es zur Gewalt gegen PVB kam		
☐ Polizeifahrzeug	☐ Durchsuchung		
☐ Öffentliches Gebäude	☐ Festnahme/Gewahrsamnahme		
☐ Öffentliches Verkehrsmittel/Haltestelle/Bahnhof	☐ Identitätsfeststellung/Sachverhaltsklärung		
☐ Fußballstadion	☐ Blutentnahme/Drogentest		
☐ Sonstiger Ort von Veranstaltungen	☐ Platzverweis		
☐ Gaststätte/Diskotheek	☐ Gefährderansprache		
☐ Sonstige Örtlichkeit	☐ Abspernung		
1.3 Besondere Merkmale der Örtlichkeit	☐ Räumung		
*(Mehrfachnennung möglich)	☐ Aufklärung		
☐ Sozialer Brennpunkt	☐ Vernehmung/Anhörung		
☐ Vergnügungsviertel	☐ ED-Behandlung		
☐ Treffpunkt	☐ Sonstige Maßnahme		
	☐ Keine Maßnahme		
2. Zeit	4. Durch Gewalt gegen PVB erfüllte Straftaten		
2.1 Datum	*(Mehrfachnennung möglich)		
☐ Wochenfeiertag	☐ Widerstand		
☐ Tag vor Wochenfeiertag	☐ Körperverletzung		
	☐ Gefährliche Körperverletzung		
2.2 Uhrzeit	☐ Schwere Körperverletzung		

Im polizeilichen Vorgangsverarbeitungssystem IGVP gibt es seit Anfang Januar das Schlagwort „Gewalt gegen PVB“ bei dem ein Sondererhebungsbogen hinterlegt ist. Dieser wird mit der Anzeige ausgedruckt und kann in kurzer Zeit überwiegend im Ankreuzverfahren von den Betroffenen ausgefüllt werden. Der durch die Sachbearbeitung ergänzte Erhebungsbogen wird vor Abgabe des Vorgangs an die Staatsanwaltschaft abgetrennt und die Daten an einer zentralen Stelle der Behörde anonymisiert ins Führungs- und Informationssystem der Polizei (FISPol) eingegeben. Das LKA analysiert die Daten und erstellt jährlich Ende März das Lagebild „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“. Aus aktuellem Anlass kann das LKA auch während des laufenden Jahres die erfassten Daten analysieren und ein Sonderlagebild erstellen.

Sensibel für Qualität der Polizeiarbeit

Wuppertal: Einladung zur Fachtagung des Innenministeriums

Am 2. März 2010 findet in der Historischen Stadthalle in Wuppertal die IM-Fachtagung „Qualität polizeilicher Arbeit“ statt.

In der Fachtagung werden ausgewählte Prozesse aus den Bereichen Verkehrsunfallbekämpfung, Kriminalitätskontrolle und Gefahrenabwehr/Einsatz, die zu signifikanten Verbesserungen in einzelnen Polizeibehörden geführt haben, einem Publikum von etwa 350 Führungskräften vorgestellt. Ziel der Veranstaltung ist es, den Führungskräften des gehobenen und höheren Dienstes

der Polizeibehörden des Landes Anregungen zur Verbesserung ihrer täglichen Arbeit in den Kernaufgabenbereichen der Polizei zu geben und sie für die Verantwortung der Qualität polizeilicher Arbeit in ihrer Behörde zu sensibilisieren.

Unter dem Motto „aus der Polizeibehörde für die Polizeibehörde“ hatten die 47 Kreispolizeibehörden und die drei Landesoberbehörden in den vergangenen Monaten die Möglichkeit, geeignete Projekte der Qualitätsverbesserung beim LZPD NRW anzumelden. Unter den eingereich-

ten Vorschlägen wurden Projekte aus den Bereichen Strategie- und Prozessmanagement, Datenqualität sowie den Kernaufgaben Kriminalitätskontrolle, Gefahrenabwehr/Einsatz und Verkehr ausgewählt, um in der Fachtagung präsentiert zu werden.

Eine Anmeldung zu der Fachtagung in Wuppertal kann aktuell über die Polizeibehörden an das LZPD, Dezernat 45 an folgende Mailanschrift erfolgen: dez45.lzpd@polizei.nrw.de. Die Teilnehmerzahl für die Veranstaltung ist auf maximal 340 Personen begrenzt.

Andi 3

Neuer Bildungscomic gegen Linksextremismus

Jetzt können Jugendliche den Comic-Helden Andi und seine Clique bei weiteren Erlebnissen mit dem Extremismus begleiten. Im inzwischen dritten Teil der Comic-Reihe des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes gerät Andis Freund Ben in die militante links-autonome Szene und in eine Spirale der Gewalt.

Die ersten beiden Andi-Comics gegen Rechtsextremismus und Islamismus haben bereits eine Auflage von 580.000 erreicht und sind unter anderem an Schulen in Nordrhein-Westfalen verteilt worden.

„Andi 3“ steht nun mit einer Startauflage von 100.000 Exemplaren Ju-



gendlichen, Lehrkräften sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Hefte sollen Gegenstand von Unterricht und Demokratieerziehung sein. Alle Andi-Comics können außerdem – neben weiterführenden Informationen – auch im Internet unter www.andi.nrw.de bestellt und dort als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Aus weiter Ferne jetzt in Sichtweite

Erste Aufträge zum sichereren Digitalfunk für Behörden und Hilfsdienste

Der sichere Digitalfunk für Polizei, Feuerwehr, Hilfsorganisationen und -dienste ist jetzt in Sichtweite.

Nach europaweiten Ausschreibungen fiel im Dezember 2009 die Entscheidung bei den Funkgeräten für die in Münster ansässige Firma 'Selectric Nachrichtensysteme', die Geräte der Marke 'Sepura' vertreibt.

Im Januar wurde der Auftrag für Lieferung und Installation der digitalen Kommunikationstechnik bei den polizeilichen Leitstellen an die Firma 'Thales' mit Sitz in Pforzheim vergeben. Noch in diesem Jahr werden voraussichtlich zehn Kreispolizeibehörden mit der neuen Technik ausgerüstet sein.

„Das ist ein weiterer wichtiger Meilenstein bei der Einführung des Digitalfunks in Nordrhein-Westfalen“, sagte Innenminister Dr. Ingo Wolf.

NRW-Digitalfunkplanung im vereinbarten Zeitrahmen

Mit der Errichtung neuer Basisstationen schreitet der Ausbau des digitalen Netzes in Nordrhein-Westfalen voran und liegt damit im bundesweit vereinbarten Zeitplan. Die spätere Nutzung der neuen digitalen Endgeräte setzt rund 450 solcher neuen Basisstationen in Nordrhein-Westfalen voraus, die mit der Systemtechnik nach dem TETRA-Standard (siehe Infokasten auf Seite 17) ausgestattet werden. Die Basisstationen werden entweder über Richtfunk oder Leitungen an Vermittlungsstellen als Übergang in das bundesweite Kernnetz angeschlossen, das vom Bund zur Verfügung gestellt wird und die bundesweite Kommunikation im neuen Netz ermöglicht. In einem sechsmonatigen „erweiterten Probetrieb“ wird das neue Funknetz dann 2011 in ersten Regionen Nordrhein-Westfalens mit den vorgesehenen Diensten, wie Notruf, SDS-Kurzdatendienst, Gruppenruf, Einzelruf und Telefonie auf „Herz und Nieren“ geprüft und bei Bedarf optimiert.

513 Millionen Investitionsvolumen

Das nordrhein-westfälische Innenministerium investiert rund 43 Millionen Euro in die digitale Leitstellentechnik und in 25.000 abhörsichere Digitalfunkgeräte für die Polizei. Für das gesamte Projekt zur Einführung und den 15jährigen Betrieb des Digitalfunks in Nordrhein-Westfalen werden vom Land insgesamt 513 Millionen Euro bereitgestellt. Allein in Nordrhein-Westfalen müssen 26.000 Fahrzeuge bei 47 Kreis-

polizei- und drei Landesoberbehörden der Polizei sowie 422 Feuerwehren der Kommunen und Kreise, 96 Werksfeuerwehren und die Hilfsorganisationen umgerüstet werden. Insgesamt 80.000 neue Funkgeräte sind notwendig. Auch die Leitstellen der Feuerwehren werden an die neue Technik angepasst. 40.000 Polizisten und mehr als 120.000 Angehörige von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen werden außerdem in Schulungen für den Digitalfunk fit gemacht.

Der so genannte „BOS-Digitalfunk“ (von „Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“) wird sich dann auch in Nordrhein-Westfalen unter anderem durch wesentlich bessere und klarere Übertragung von Sprache auszeichnen. „Der Di-

gitalfunk ist abhörsicher und bringt der Polizei, den Feuerwehren, dem Zoll, den Rettungsdiensten und damit den Bürgerinnen und Bürgern mehr Sicherheit“, sagte der Innenminister.

Neben der Hochsicherheitsverschlüsselung bietet die digitale Technik weitere Vorteile gegenüber dem analogen Funk. So verbessert sich die Funkqualität auch unter Extrembedingungen. Die digitalen Funkgeräte sind kleiner, leichter und bieten neben der Gruppenkommunikation zusätzliche Funktionen wie Einzelruf, Telefonie und die Möglichkeit, Kurzmitteilungen zu versenden.

Astrid Fettweiß,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Gesamtprojektleitung BOS Digitalfunk NRW



Das neue Handsprechfunkgerät (kurz HRT für Handheld Radio Terminal) im direkten Vergleich mit dem alten FuG10a. Die Leistungsmerkmale des HRT sind u.a. kompaktes, tragbares Endgerät mit integrierten Bedienelementen, Lautsprecher bzw. Mikrofon, GPS-Antenne und eigener Spannungsversorgung (Akku). Das Einlegen einer SIM-Karte (BOS-Sicherheitskarte) ermöglicht die so genannte „Ende-zu-Ende“ verschlüsselte Kommunikation. Externe Schnittstellen bieten Anschlussmöglichkeiten von z.B. einem Mikrofonlautsprecher mit Ohrhöreranschluss.

Fotos: Jochen Tack



Großer Abstimmungsbedarf und hohe Ausschreibungsregelungen

Die bislang eingetretenen Verzögerungen bei der Bereitstellung des neuen digitalen Funksystems sind auch den komplexen Zusammenhängen und dem hohen damit verbundenen Koordinationsaufwand geschuldet. Hinzu kommen die erforderlichen monatlichen Abstimmungen und Abhängigkeiten zwischen Bund, Ländern, Kommunen, der Bundesanstalt für den Digitalfunk BOS (BDBOS) sowie externen Dienstleistern und Lieferanten.

„Diese Systemarchitektur erfordert ein komplexes zentrales Managementsystem, um die Leistungsmerkmale des Digitalfunks sowie die sukzessive Überführung des Analogfunks in den Digitalfunk sicherzustellen“, so Ministerialrat Johannes Brungs, Gesamtprojektleiter für die Einführung des Digitalfunks in

Nordrhein-Westfalen und Leiter des Referats 44 im nordrhein-westfälischen Innenministerium. Er freut sich gleichzeitig, dass mit den beiden großen Auftragsvergaben jetzt erste sichtbare Zwischenziele in Nordrhein-Westfalen erreicht sind. Die Größe und Komplexität des Vorhabens „BOS-Digitalfunknetz in

Deutschland“ wird deutlich, wenn man dieses mit dem bisher größten – dem britischen – TETRA-Netz vergleicht. So verfügt Deutschland mit 357.022 km² nicht nur über eine um etwa ein Drittel größere Fläche als Großbritannien. Während dort 220.000 Nutzerinnen und Nutzer behördenübergreifend miteinander



MRT steht für Mobilsprechfunkgerät (englisch Mobile Radio Terminal). Leistungsmerkmale dieses Fahrzeugfunkgerätes sind u. a. extern angeschlossene Stromversorgung, Antenne, Faustmikrofon und/oder Freisprecheinrichtung, SIM-Kartenleser für die BOS-Sicherheitskarte, GPS-Antennenanschluss, Gateway- und Repeaterfunktion (Verbindung Fahrzeugfunk und Handfunkgeräte).

kommunizieren können, ist das deutsche Digitalfunknetz für die gleichzeitige, BOS-übergreifende Kommunikation von 500.000 Nutzerinnen und Nutzer ausgelegt.

Im Juli 2008 eröffnete das LZPD NRW das zur Beschaffung der Endgeräte gesetzlich vorgeschriebene EU-Ausschreibungsverfahren, aus dem vier Bieter hervorgingen. Nach einer Eignungsprüfung wurden drei Bieter zur Angebotsabgabe aufgefordert. Ein Bieter hat eine Rüge bei der Vergabekammer Düsseldorf eingereicht, sodass ein Vergabenaachprüfungsverfahren eingeleitet wurde. Das Verfahren wurde als korrekt bestätigt, dennoch wurde gegen die Entscheidung der Vergabekammer anschließend Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingelegt. Erst nach einer mündlichen Verhandlung Anfang November 2009 und der Entscheidung des OLG vom 16. Dezember 2009 war die Auftragsvergabe möglich.

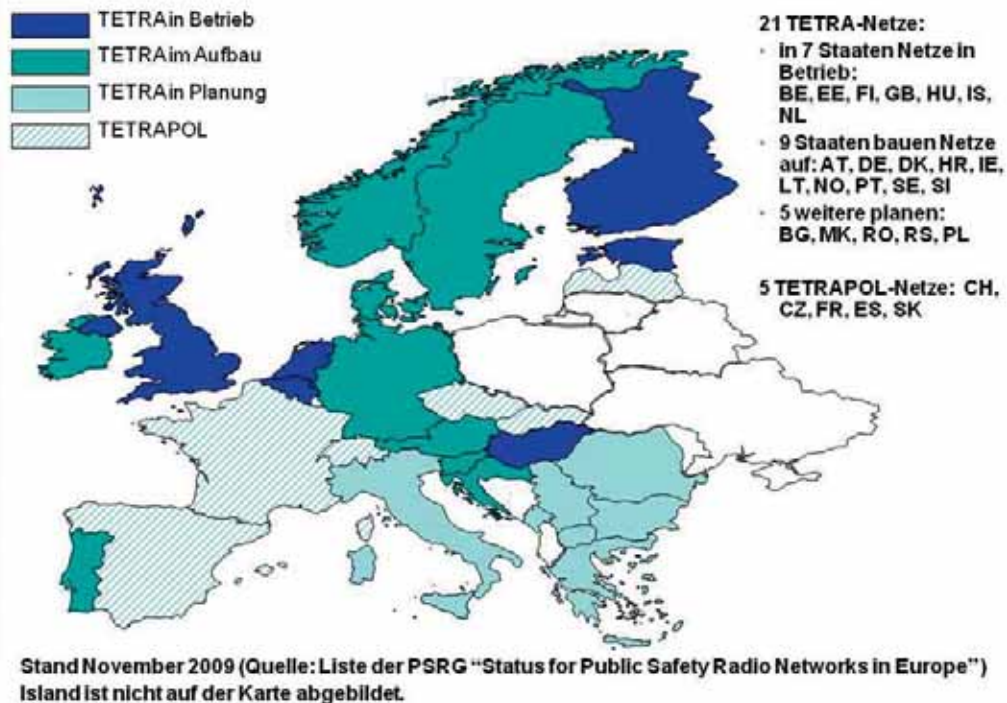
Johannes Brungs: „Als weitere Betriebsvoraussetzung muss die Wachen- und Fahrzeugumrüstung sichergestellt werden. Auch hier sind diverse Ausschreibungsverfahren erforderlich. Der Zuschlag für die Fahrzeugumrüstung wird voraussichtlich im kommenden Frühjahr erteilt.“

Weitere Infos zum Projekt finden Sie im Intranet unter:

www.polizei-nrw.de/digitalfunk

Astrid Fettweiß,

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Gesamtprojektleitung BOS Digitalfunk NRW



TETRA-Standard

Behördenfunk wurde bis Ende der 1980er-Jahre weltweit mit Analogfunk betrieben. Der Mitte der 1990er-Jahre entwickelte TETRA-Standard wird in mehreren europäischen und außereuropäischen Ländern in Form landesweiter BOS-Netze oder in lokaler Abdeckung von verschiedenen Anwendern genutzt. Daneben besteht als zweiter Digitalfunkstandard TETRAPOL des Unternehmens EADS, der ursprünglich für die französischen BOS entwickelt wurde und heute im gleichen Spektrum wie TETRA im Einsatz ist. TETRA (vom englischen „terrestrial trunked radio“, ursprünglich trans european trunked radio) ist ein Standard für digitalen Bündelfunk. Er ist als universelle Plattform für unterschiedliche Mobilfunkdienste gedacht. Mit TETRA lassen sich Universalnetze aufbauen, über die der gesamte betriebliche Mobilfunk von Anwendern mit besonderen Sicherheitsanforderungen wie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS: Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste), Industrie, ÖPNV, Flughäfen und Militär abgewickelt werden kann.

Es gibt viele Gründe, weshalb sich neben Deutschland auch andere Staaten für den TETRA-Standard als Basis für die Funknetze ihrer jeweiligen Sicherheitsbehörden entschieden haben. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die grundsätzlichen Entscheidungen für eine Systemtechnik nicht immer wie jetzt in ganz Deutschland landesweit gelten. So wird etwa das TETRAPOL-Netz in Spanien durch die dortige „Bundespolizei“ („Guardia Civil) genutzt, die Polizei im Baskenland nutzt hingegen ein eigenes TETRA-Netz. Und während sich Tschechien grundsätzlich für TETRAPOL entschieden hat, gibt es in Prag ein TETRA-Netz.“

Neben Deutschland bauen neun weitere europäische Staaten landesweit ein TETRA-Netz auf, fünf weitere Staaten planen TETRA-Netze. Sieben europäische Staaten – Belgien, Estland, Finnland, Großbritannien, Island, die Niederlande und Ungarn – verfügen bereits jeweils über ein funktionierendes landesweites TETRA-Netz.

Neonatzid

*Wenn ein Leben
nur Minuten dauert*

Bundesweit werden schätzungsweise 30 bis 40 Kinder pro Jahr in den ersten Minuten nach der Geburt getötet. In den meisten Fällen von ihren Müttern. Immer wieder werden tote Neugeborene in Wohnungen, Waldstücken oder im Müll gefunden. Die Suche nach der Täterin ist schwierig. Ein Forschungsprojekt der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des LKA soll dabei jetzt Hilfestellung geben.

Foto: Marc Holste

Eine Gruppe von Freundinnen beschließt, bevor sie zum Weihnachtsbummel aufbricht, noch in einem Café zu frühstücken. Eine der Frauen geht mit vermeintlichen Magenschmerzen auf die Toilette. Als sie lange nicht wiederkommt, machen sich die Freundinnen Sorgen. Sie fragen auf der Toilette nach. Ja, es sei alles okay, sagt die junge Frau. Erst nach einer halben Stunde kehrt sie zurück. Kurz darauf verlässt die Gruppe das Lokal. Gegen Mittag dann der grausige Fund: In einem Abfalleimer steckt ein Neugeborenes. Papiertücher sind darüber gelegt. Die Mutter hatte den Jungen in der Toilettenkabine zur Welt gebracht und ihn kopfüber in den Eimer gesteckt. Er ist dort erstickt. Von der Schwangerschaft hat in ihrem Umfeld niemand gewusst.

Dabei handelt es sich um keinen Einzelfall. Immer wieder liest man von Babyleichen, die in Tiefkühltruhen, Müllsortieranlagen und einsamen Gegenden entdeckt werden. Wie kommt es dazu? Die werdenden Mütter täuschen ihr Umfeld, leugnen die Schwangerschaft. Mitwisser gibt es in den meisten Fällen nicht. Die Motive sind vielfältig: Es ist die Angst, den Partner zu verlieren, sich ein weiteres Kind nicht leisten zu können oder die Karriere zu gefährden. Sie drücken dem Baby ein Handtuch auf das Gesicht, lassen es in der Toilettenschüssel ertrinken, stecken es in eine Tiefkühltruhe.

Die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle (KKF) des LKA hat drei Jahre lang Fälle untersucht, bei denen die Neugeborenen innerhalb der ersten 24 Stunden nach der Geburt getötet wurden. Das Forschungsprojekt über Neonatizid soll

praxisnahe Hinweise geben, die den Ermittlern bei der Suche nach der Mutter helfen können.

Manche Täterinnen bleiben unentdeckt

Viele der toten Säuglinge werden im unmittelbaren Wohnumfeld der Mutter gefunden. „In 99 Prozent dieser Fälle kann die Mutter schnell identifiziert werden“, sagt Dr. Harald Kania, der gemeinsam mit Birgit Louis im Teildezernat 32.1 an dem Forschungsprojekt arbeitet. Bei ihrer Studie haben die Wissenschaftler keinen geklärten Fall gefunden, bei dem die Mutter an der Tötung nicht zumindest beteiligt war. Meistens handelt sie allein. Wenn die Babyleiche in einer Müllsortieranlage, einer öffentlichen Toilette oder in einem Park entdeckt wird, gelingt es nicht immer, die Täterin zu finden. Bei mehr als der Hälfte der toten Neugeborenen, die im öffentlichen Raum gefunden werden, bleibt die Mutter unerkannt.

Zwei derartige Fälle waren Auslöser des Forschungsprojektes. Eine Kreispolizeibehörde war kurz hintereinander auf zwei tote Neugeborene gestoßen. Die Polizeibeamten hatten beim Sachgebiet 31.5, der Operativen Fallanalyse (OFA), angefragt, ob sie ihnen mit wissenschaftlichen Studien helfen können, die geplanten Maßnahmen möglichst effizient zu gestalten. „Die Ermittler wollten wissen, nach wem sie suchen müssen“, erklärt Kania. „Für den kriminalistisch-kriminologischen Bereich gab es da bisher noch keine passenden Studien.“ Die OFA hat nach einigen Recherchen die KKF ins Boot geholt. Die Idee zum gemeinsamen Forschungsprojekt

war entstanden. Nachdem das Innenministerium zustimmte, fiel 2006 der Startschuss.

Polizeibeamte und Wissenschaftler forschen in diesem 2002 neu geschaffenen Teildezernat Seite an Seite. Im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung beschloss das LKA damals, die Polizeiarbeit mit kriminalistisch-kriminologischer Forschung zu unterstützen. Dabei haben die Studien der KKF immer einen praktischen Bezug zur Polizeiarbeit. So auch in diesem Fall: Wenn der tote Säugling etwa in einem öffentlichen Altkleidercontainer gefunden wird, wen sollte die Polizei zuerst befragen? Die Anwohner, die in der Nähe des Containers leben? Die Ärzte der Umgebung? Die Lehrer an den Schulen?

Typische Täterin gibt es nicht

Um derartige Fragen zu beantworten, begaben sich Dr. Harald Kania und Birgit Louis gemeinsam mit ihren Kollegen Anne Sobotta und Heinz Erpenbach von der OFA auf die Suche nach passenden Fällen. „Das war gar nicht so einfach“, erinnert sich der Psychologe. „Denn derartige Taten werden in der Statistik nicht gesondert ausgewiesen.“ Am Ende hatten sie bundesweit 195 Fälle aus den Jahren 1993 bis 2007 zusammengetragen. Die Basis für ihre Auswertung. Viele Akten bestanden aus mehreren Ordnern. Damit es systematisch arbeiten konnte, erstellte das Team ein Auswerteraster. Eine Art Fragebogen an die Akte. Dabei interessierte sie zum Beispiel die Kindsmutter, die Fundstelle des toten Säuglings und die Ermittlungsansätze der Polizei. Zwei Psychologiestudentinnen arbeiteten während ihres Praktikums in



Auch öffentliche Toiletten waren Tatort in den untersuchten Fällen.
Foto: Thomas Grimm

rund 22 Wochen die relevanten 400 Merkmale heraus. „Mit der entstandenen Datenbank können wir jetzt viele Fragestellungen bearbeiten“, erklärt Kania.

Das sachgebietsübergreifende Team steckt noch in der Endauswertung. Bisher hat sich zum Beispiel gezeigt, dass es zwar sowohl 13-jährige als auch 44-jährige Täterinnen gibt, der Großteil aber zwischen 18 und 29 Jahre alt ist. Die meisten Frauen suchen keinen Arzt auf, da sie die Schwangerschaft verheimlichen und verdrängen. Sie überzeugen sich und ihre Umwelt, dass es für die Symptome der Schwangerschaft andere Gründe gibt. Eine Befragung von Gynäkologen und Lehrern war bei den ausgewerteten Fällen dementsprechend nur selten erfolgreich. Mit den Anwohnern in der Umgebung der Fundstelle im öffentlichen Raum zu sprechen, führte häufiger zum Ziel. Bei den geklärten Fällen

lag der Fundort oft nur 500 bis 1000 Meter vom Tatort entfernt.

Und noch etwas ist den Wissenschaftlern in der Umgebung der Täterinnen aufgefallen. „Es ist erschreckend, wie viel soziale Kälte es in den meisten Fällen gibt“, berichtet Dr. Harald Kania. „Da fragt eine Mutter nicht nach, wenn der Bauch der Tochter stetig wächst. Ein Ehemann interessiert sich nicht weiter für den immer größer werdenden vermeintlichen Tumor im Bauch der Frau.“

Im Hinblick auf Bildung oder Familiensituation gibt es keine Auffälligkeiten. Unter den Täterinnen sind genauso Frauen ohne Abschluss wie Abiturientinnen, Alleinlebende wie Verheiratete. Eine Gemeinsamkeit haben die Frauen aber: Sie verdrängen Probleme lieber als sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Gravierende psychische oder psychiatrische Störungen hingegen sind selten.

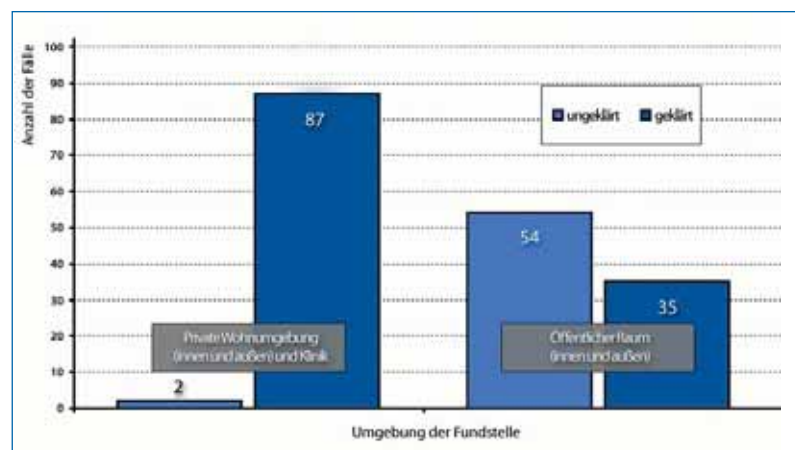
Die Forscher hoffen jetzt, in Praxis-Transfer-Workshops mit erfahrenen Ermittlern ihre Ergebnisse für die Polizeiarbeit nutzbar machen zu können. „Wir sehen uns als Service-dienststelle für die Praktiker in den Polizeibehörden. Nur sie können uns

sagen, wo wir in der umfangreichen Datenbank im übertragenen Sinne mit der empirischen Taschenlampe hinleuchten sollen“, erklärt der 39-Jährige. Die Polizeibeamten sollen die Fragen formulieren – die neu geschaffene Datenbank kann vielleicht einige Antworten liefern.

Meistens bleibt die Schwangerschaft unbemerkt

Vor allem bei der Öffentlichkeitsfahndung hofft das Team, mit seinen Erkenntnissen weiterhelfen zu können. Bisher wird bei Fahndungsplakaten und Presseaufrufen meistens nach Frauen gesucht, die offensichtlich schwanger waren und von deren Säugling nun jede Spur fehlt. Das Umfeld der Mütter, die ihre Kinder nach der Geburt töten, hat die Schwangerschaft aber nicht bewusst wahrgenommen. Daher werden sich viele von einem derartigen Aufruf nicht angesprochen fühlen. Konkrete Änderungsvorschläge zu erarbeiten, wird ein Ziel der Praxis-Transfer-Workshops sein.

Bei vielen Verurteilungen wird die außerordentliche psychische Lage der Täterinnen berücksichtigt, die mit der Situation völlig überfordert



sind. „Die Taten sind in der Regel nicht geplant: Viele Mütter wissen bis zu dem Moment, in dem das Kind anfängt zu schreien, nicht, dass sie in der Lage wären, es zu töten“, sagt der Psychologe. Daher lautet das häufigste Urteil nicht Mord, sondern Totschlag.

Der Öffentlichkeit haben die Forscher ihr Ergebnis zum ersten Mal bei einer Fachgruppentagung Rechtspsychologie Ende August 2009 in Gießen vorgestellt. Dabei präsentierten sich auch weitere Teilprojekte, bei denen es unter anderem um rechtsmedizinische Untersuchungen und eine Typologie der Täterinnen geht. Der Ergebnisbericht erscheint demnächst auf der Internetseite des LKA. Weitere Fachveröffentlichungen zu ergänzenden Fragestellungen sind geplant. Eine Unsicherheit gibt es bei dem Forschungsprojekt allerdings. Viele Ergebnisse basieren allein auf den geklärten Fällen. „Es ist nicht auszuschließen, dass die Täterinnen sowie mögliche Mittäter bei den ungeklärten Fällen völlig anders agieren und deshalb nicht gefasst werden“, gibt Dr. Harald Kania zu bedenken.

Die Mutter des toten Säuglings aus dem zu Anfang geschilderten Fall hatte die Polizei noch am gleichen Abend gefunden und vernommen. Die allein erziehende Mutter von zwei Kindern hatte ihre Schwangerschaft ihrem Umfeld gegenüber verheimlicht und verleugnet. Vermutet hatten es einige ihrer Freundinnen trotzdem und so führte die Spur schnell zu ihr. Wegen der Tötung ihres Babys ist sie zu vier Jahren Haft verurteilt worden.

Katerina Breuer, LKA NRW

Fragen an das DNA-Labor des LKA



Das Dezernat 52 (DNA-Analysen) erhält regelmäßig Untersuchungsanträge in Neonatizid-Fällen. Dabei geht es meist um die Feststellung der Mutterschaft. Entweder hat die Polizei bereits eine oder mehrere infrage kommende Frauen ermittelt oder es gibt noch keine Anhaltspunkte. Letzteres ist häufig der Fall, wenn Neugeborene im öffentlichen Bereich abgelegt werden. Unter Umständen erhält das DNA-Labor dann eine Vielzahl an Asservaten, an denen DNA der Mutter zu erwarten ist. Meist sind dies Transport- beziehungsweise Verpackungsmaterialien wie Rucksäcke und Decken oder Bekleidung. Eine Besonderheit stellt die Plazenta dar. Sie besteht sowohl aus kindlichem als auch aus mütterlichem Gewebe. Bei sorgfältiger Probennahme ist es gut möglich, das mütterliche Gewebe zu isolieren und so eine reine DNA-Spur der Mutter zu erhalten.

Steht Vergleichsmaterial entweder direkt von einer vermutlichen Mutter oder aus der Plazenta zur Verfügung, ist die molekulargenetische Analyse sowie die biostatistische Wahrscheinlichkeitsberechnung eine – wenngleich umfangreiche – Routineangelegenheit. Da jeder Mensch die Hälfte seines Erbgutes von der Mutter und die Hälfte vom

Vater erhält, ist es möglich, in Betracht kommende Männer als Vater zu identifizieren beziehungsweise auszuschließen. Eine wichtige Frage muss allerdings seitens der Rechtsmedizin geklärt werden: Hat das Kind bei der Geburt gelebt?

Ein Beispiel aus der Praxis: Im März 2006 wurde ein toter, weiblicher Säugling im Gebüsch eines Parks in einer Stadt am Niederrhein gefunden. An der Fundstelle befand sich neben einigem Müll ein blutverschmiertes Handtuch und eine Plastiktüte, in der der Säugling samt Plazenta lag. Es wurde eine Mordkommission (MK) eingerichtet und die vielversprechendsten Asservate zur Untersuchung ins LKA geschickt. Im DNA-Labor gelang die Isolierung der mütterlichen DNA aus der Plazenta. Die Ermittlungen der MK konzentrierten sich auf die Nachbarschaft des Fundortes. Eine DNA-Reihenuntersuchung von Frauen aus der Gegend war geplant. In der Zwischenzeit offenbarte sich jedoch ein 14-jähriges Mädchen und machte zudem Angaben über den Vater des Kindes, einen 18-Jährigen. Die DNA-Analyse führte zur einwandfreien Feststellung der Elternschaft.

Dr. Frank Tschentscher, LKA NRW

„Nur die Titanic liegt Kampagne „Tune It! Safe!“



Darf ich ein Auto tiefer legen und gleichzeitig ein kleineres Lenkrad einbauen? Ist es zulässig, in einen H-Scheinwerfer einen Xenon Nachrüstatz einzubauen? Darf ich als Gewerbetreibender Fahrzeugteile ohne Bauartgenehmigung verkaufen?

Diese und ähnliche Fragen beschäftigen viele, die sich für die technische und optische Veränderung von Kraftfahrzeugen interessieren. Fahrzeugtuning zeigt sich trotz Flaute im Automobilsektor von der Wirt-

schaftskrise nahezu unbeeindruckt, was bereits an gleich bleibenden Besucherzahlen großer Automobil- und Tuningmessen zu erkennen ist. In den Medien spielt „Tuning“ eine immer größere Rolle. Mehrere Fernsehsender zeigen Serien, in denen es um technische Veränderungen von Fahrzeugen geht. Der Begriff „Tuning“ bedeutet übersetzt „einstellen“. Vor einigen Jahren wurden Fahrzeuge „getunt“ in dem man die Vergaser so einstellte und modifizierte, dass das betreffende Fahrzeug eine Leistungssteigerung erfuhr.

Diese „Vergaser“-Fahrzeuge sind allerdings fast vollständig aus unserem Straßenbild verschwunden. Der Begriff „Tuning“ umfasst heute sämtliche technischen und auch rein optische Modifikationen, die das Fahrzeug individualisieren. Das ist auch das Ziel eines jeden Tuners: Auffallen! Mancher von ihnen investiert lieber 50.000 € in einen 10 Jahre alten Kleinwagen, anstatt für den gleichen Preis ein Luxusfahrzeug zu erwerben, das alle Extras serienmäßig aufweist. Der Tuner möchte sich abheben von der Masse und er möchte

tiefer!“

wendet sich an Tuner und Händler



Anspruchsvolles Rechtsgebiet

Zulassungsrecht ist durch mehrere Änderungen der StVZO zwar europäischer, aber damit für den Praktiker nicht unbedingt einfacher geworden. Die Polizei NRW führt seit vielen Jahren auch Kontrollen von technisch und optisch veränderten („getunten“) Fahrzeugen durch. Dabei zeigt sich häufig, dass Fahrzeugteile verbaut werden, die nicht nur ein erhebliches Gefährdungspotenzial darstellen, sondern erst gar nicht hätten verkauft werden dürfen. Die Gefahren werden häufig durch den „Tuner“ nicht erkannt, weil oft spezielles technisches und zulassungsrechtliches Wissen erforderlich ist, um zu erkennen, dass die betreffenden Teile nicht verwendet werden dürfen.

Genau hier setzt die Kampagne „Tune it! Safe!“ an: Ziel ist, in allen

Bereichen des Tunens beratend zur Seite zu stehen und somit zu verhindern, dass illegale und somit oft gefährliche Umbauten realisiert werden. „Tune it! Safe!“ wendet sich gleichermaßen an Händler, von denen sehr viele anscheinend nicht wissen, dass sie bestimmte Teile nicht anbieten dürfen (z. B. nach § 23 StVG) und an Tuner, die sich oft auf eine falsche Beratung verlassen und Gefahren für sich und andere Verkehrsteilnehmer nicht erkennen oder falsch einschätzen.

mit „Ruhm“ nach Hause fahren. Bei Großveranstaltungen, die regelmäßig die Möglichkeit bieten, in unterschiedlichsten Kategorien Pokale und Preise zu erwerben, wird stets eine Position im oberen Bereich der „hall of fame“ angestrebt. Doch eine solche Position ist nur sehr selten mit legalen Mitteln möglich. Daneben gibt es auch Tuner, denen es weniger auf Pokale und Großveranstaltungen ankommt. Sie genießen einfach die Blicke, mit denen andere Verkehrsteilnehmer ihre individuellen Fahrzeuge betrachten.

Anzeige

Beamten- und Angestellten-Darlehen Partner der Nürnberger Versicherung

Festzins 12 Jahre 5,60%, effekt. Jahreszins 5,99%

Beispiel: 30jährige Beamtin, Festzins 6,50%, Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,89%.

35.000 € = monatlich 322,90 € inkl. Lebensvers.

60.000 € = monatlich 552,52 € inkl. Lebensvers.

NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.

Info-Büro 0800 / 77 88 000 gebührenfrei

Fax-Nummer: 0 51 30 / 79 03 95

vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark

E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

www.beamtendarlehen-center.de



Die Kampagne „Tune it! Safe!“ startete erstmalig zur Essen Motorshow 2005. Der Verband der Automobil-tuner e. V. (VdAT) bildete einen bundesweiten Arbeitskreis, zu dem er sämtliche am Thema „Tuning“ beteiligte Institutionen einlud, um eine Strategie für eine Aufklärungs- und Beratungskampagne zu entwickeln. Teilnehmer an den mehrmals im Jahr stattfindenden Sitzungen sind die Polizei Nordrhein-Westfalen, das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA), das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BM-VBS), die deutsche Verkehrswacht, nahezu alle großen Sachverständigenorganisationen und die Werbeagentur PAD, die u. a. mit dem organisatorischen Ablauf aller Aktionen betraut ist.

Die Polizei Nordrhein-Westfalen wird bei vielen Aktionen durch das LAFP NRW, Dezernat 41 (Verkehrsüberwachung) vertreten.

Um ein möglichst großes Publikum anzusprechen, entschloss sich „Tune it! Safe!“, einen „Eyecatcher“ einzusetzen. Seit 2005 wird die

Kampagne durch einen jährlich wechselnden, getunten Streifenwagen symbolisiert. Das in nahezu allen technischen Bereichen modifizierte Fahrzeug ist ein enormer Publikumsmagnet und zeigt eindrucksvoll, welche Umbauten legal möglich sind.

Auf Messen (Essen Motorshow, Tuningworld Bodensee, IAA) haben interessierte Tuner und Händler die Möglichkeit, sich über legales Tuning zu informieren. Die Messestände sind ständig durch kompetente Ansprechpartner des LAFP NRW

und weiterer Polizeibehörden besetzt.

Auch bei großen Tuningtreffen ist „Tune it! Safe!“ aktiv und sucht gezielt den Weg zur Zielgruppe.

Die Polizei Nordrhein-Westfalen profitiert durch die Teilnahme an den unterschiedlichen Aktionen mehrfach: Fast sämtliche Gespräche finden mit jungen männlichen Erwachsenen statt, die zwar zunächst gezielte Fragen zum Tuning haben, aber dann auch auf andere verkehrssicherheitsrelevante Themen zu sprechen kommen. Für die Polizei Nordrhein-Westfalen ergibt sich somit die Möglichkeit, mit einer sehr großen Personenanzahl über das Thema Tuning hinaus Gespräche zu führen. Die Zielgruppe der jungen Männern verursacht eine nicht unerhebliche Anzahl von Verkehrsunfällen!

Darüber hinaus veröffentlicht „Tune it! Safe!“ mehrmals jährlich ein Magazin, durch das sich Tuner und Händler über aktuelle Veränderungen, kompetente Ansprechpartner





und bevorstehende Aktionen der Kampagne informieren können. Sämtliche bislang erschienen Magazine stehen kostenlos auf www.tune-it-safe.de zum Download bereit.

Polizeikontrollen sind wichtig

Die Polizei (bei den Tunern auch gern „Rennleitung“ genannt), kontrolliert getunte Fahrzeuge bei allgemeinen Verkehrskontrollen und lageangepasst verstärkt bei bekannten Großveranstaltungen wie z. B. „Race in May“ (Wuppertal), „Car-Freitag“ (Bielefeld) oder „Saisonauftakt“ (Arnsberg/Neheim).

Diese Treffen haben sich inzwischen in Nordrhein-Westfalen etabliert und erfordern regelmäßig großen Personaleinsatz. Die Beanstandungen sind bei Teilnehmern von Großveranstaltungen höher als bei Einzelfahrzeugen, die aus dem Fließverkehr heraus kontrolliert werden. Das liegt oft daran, dass diese Fahrzeuge, wenn sie an einem Treffen teilnehmen, regelmäßig zuvor nochmals illegal umgebaut werden, um eine weitere Stufe in der „Hall Of Fame“ zu erklimmen. Bis auf sehr wenige Ausnahmen trifft man junge Erwachsene an, deren Hobby es ist,

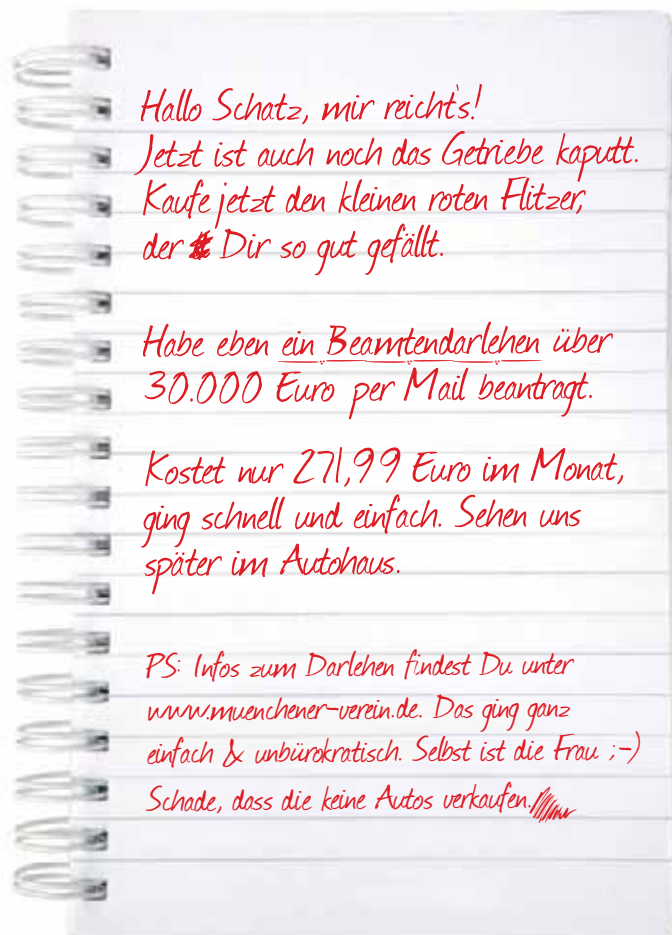
ihr Fahrzeug zu individualisieren. Verstöße resultieren oft aus Unkenntnis, selten aus vorsätzlichem Handeln. Doch regelmäßige Kontrollen sind erforderlich, um unzulässig umgebaute Fahrzeuge aus dem Verkehr ziehen zu können. Kontrollen bei

solchen Anlässen zeigen polizeiliche Präsenz und fördern das Bewusstsein für ein „Entdeckungsrisiko“, das einige Tuner sonst als eher gering einschätzen. Die Einstellung zum eigenen Fahrzeug, der Umgang mit der Polizei und die Erfahrungen bei polizeilichen Kontrollen werden regelmäßig in Internetforen veröffentlicht (u. a. www.geilekarre.de).

„Tune it! Safe!“ verfügt über einen Internetauftritt (www.tune-it-safe.de). Hier können sich Tuner und Händler über den virtuellen „Mr. Safe-T“ online und anonym beraten lassen.

Immanuel Noske und Wolf Wewers,
LAFP NRW

Anzeige



„Unfall-Johnny“ kommt

Neue Wege der örtlichen Verkehr

„Erster Angriff am Unfallort“. Rollentausch ist angesagt: Polizeibeamtinnen und -beamte arbeiten als „Feuerwehrmänner“. Die Rettungsdienste sind dabei, ebenso wie Notfallseelsorger und der Opferschutzbeauftragte der Behörde. Fotos: Klaus Theisen

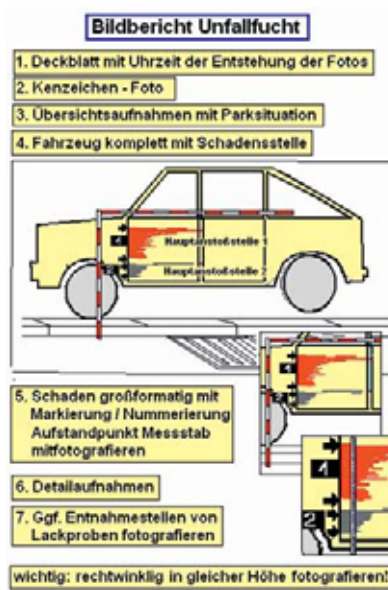


Johnny Geveler ist nicht nur im Zuständigkeitsbereich des Wuppertaler Polizeipräsidiums als „Unfall-Johnny“ bekannt. Seit Jahren kümmert er sich dort kreativ um Fortbildungsseminare zur Verkehrsunfallaufnahme.

Zwischen 2003 und 2009 organisierte er unter anderem 56 Wochen- und Tagesseminare zu dem Thema. Mittlerweile haben fast alle derzeitigen Kolleginnen und Kollegen einmal an den Kursen teilgenommen. Eine gleich große Zahl nahm ihr Fachwissen durch Versetzung mit in andere Behörden. Eine seiner Ideen: Seminare in den Polizeiwachen während der einsatzarmen Nachtschicht. Geveler: „Wenn die Kolleginnen und Kollegen nicht zum Trainer kommen, dann muss der Trainer zu ihnen gehen!“

erweiterten Aufgaben in den Dienstgruppen. Geveler: „Die Nachtschicht-Idee hatten wir in früheren Jahren bereits erprobt und aktuell 2009 aufgrund der positiven Resonanz erneut in die Tat umgesetzt.“ Das Konzept dazu liest sich wie ein Kochrezept: „Man nehme: einen Trainer, ein Transportfahrzeug mit Unfallaufnahme-Material und zwei Taschen mit Medientechnik und Übungsgeräten. Das konkrete inhaltliche Angebot wird zuvor mit den Führungsstellen, Wachen und Dienstgruppen abgestimmt.“

Als sinnvoll hat sich die Einteilung in kleine Einheiten von etwa vier Polizeibeamtinnen und Beamten und Unterricht in der Zeit zwischen ein und vier Uhr nachts erwiesen. In einem vorher bestimmten geeigneten



Taschenkarten zur Fotografie und VU- Flucht



in die Nachtschicht

sunfall-Fortbildung in Wuppertal

ten Raum findet der sorgfältig vorbereitete theoretische Teil des Unterrichts statt. Die zentralen Themen sind dort aktuell der neue Unfallerlass, Unfallflucht und digitale Fotografie. Die Inhalte erfordern ein bis zwei Unterrichtseinheiten mit einer viertelstündigen Pause. Abschließend folgt eine Übung vor der Wache, um das Erlernte zu erproben. Im Ergebnis konnten durchschnittlich zwei Drittel der erreichbaren Kolleginnen und Kollegen der Dienstgruppen an den Kurztrainings teilnehmen. Gelegentliche Ausfälle aufgrund der Einsatzlage waren für den Seminarverlauf insgesamt unbedeutend.

Das nächtliche Seminarangebot wird von den Beteiligten vor allem deshalb als Bereicherung empfunden und dankbar angenommen, weil die Dienstgruppen durch die Fortbildung nicht zusätzlich belastet werden. Ganz im Gegenteil: Kernbereiche bestimmter Themen können vermittelt werden, ohne dass eine Entsendung zu Seminaren erforderlich ist. Geveler: „Denkbar ist ein solches Nachtangebot auch in anderen Bereichen als beim Thema Verkehrsunfall.“

Umfang und Dauer lassen sich außerdem flexibel bestimmen: beispielsweise nur eine Woche aufgrund des Ersuchens einer Dienstgruppe oder ein ganzer Monat für vier Dienstgruppen einer Wache



oder Polizeiinspektion. Auch langfristige Maßnahmen sind möglich. In Wuppertal wurden vier Wachen betreut und 175 Beamtinnen und Beamte über einen Zeitraum von fünf Monaten beschult. Geveler: „Für den Trainer ergibt sich zwar ein intensiver Arbeitstag, da die Zeiten für die Herstellung der Plakate und Ta-

schenkarten, die zurückgelegten Wege, das Auf- und Abbauen der Medien und Materialien und das Speichern und Drucken der Fotoergebnisse hinzugerechnet werden müssen. Das ist aber ein Aufwand, der sich lohnt.“

Gruppenaufnahme beim theoretischen Unterricht im „Hörsaal“ der Wache Elberfeld beim Unterricht mit der Dienstgruppe C

Klaus Theisen, PP Wuppertal

Anzeige

www.fahrzeugkauf.com

Neuwagen – Jahreswagen –
Gebrauchtwagen

Enorm günstig!

Ihr Ansprechpartner:
Kollege Thomas Brockhaus

☎ (0 22 07) 76 77



Vorbildliche Ordnungspartnerschaften mit kreativen und

Innenminister Wolf verleiht Landespreis nach Bielefeld, Bochum,



Staatssekretär
Karl-Peter Brendel
im Kreis der ausgezeichneten
Ordnungspartnerschaften (untere
Reihe, 7. v. l.).
Fotos (3):
Jan Potente

Konflikte an Schulen, Amok- und Bedrohungslagen, verunglückte junge Fahrerinnen und Fahrer sowie Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr: Das sind Probleme und Themen, um die sich die vier Ordnungspartnerschaften in Bielefeld, Bochum, Gütersloh und Recklinghausen beispielhaft kümmern. Dafür verlieh ihnen Innenminister Dr. Ingo Wolf den Landespreis „Innere Sicherheit“.

„Gemeinsam sorgen die vielen Verantwortlichen in diesen vorbildlichen Partnerschaften für mehr Sicherheit in ihren Städten und Gemeinden“, sagte Wolf. Der Preis wird jährlich an besonders kreative und effektive Projekte verliehen, die zur Verbesserung der inneren Sicherheit beitragen.

Projekt: Bielefelder Netzwerk Verkehrssicherheit – BI-NETT

Durch die inzwischen zweijährige Arbeit des Bielefelder Netzwerk Verkehrssicherheit (BI-NETT) bewegen sich Radfahrer in Bielefeld umsichtiger im Straßenverkehr und verunglücken seltener. Dies belegen Studien der Universität Bielefeld, die BI-NETT wissenschaftlich begleitet. Fünf Prozent weniger Unfälle insge-

tnerschaften effektiven Projekten

„Innere Sicherheit“ 2009
Gütersloh und Recklinghausen



samt und ein Rückgang der Unfälle mit Personenschäden sprechen ebenfalls für den Erfolg der Ordnungspartnerschaft.

In Bielefeld haben sich im Oktober 2007 insgesamt 26 Kooperationspartner aus Stadtverwaltung, Polizei, Verkehrsunternehmen, Verbänden, Sport, Pädagogik und Einzelhandel im BI-NETT zusammengeschlossen. Die Sicherheit von Radfahrern und



Dank dem Bielefelder Netzwerks Verkehrssicherheit (BI-NETT) bewegen sich Radfahrer in Bielefeld umsichtiger im Straßenverkehr und verunglücken seltener.



Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes BI-Nett war die richtige Sicherung von Kindern im Auto.

„Im Schutzengel“-
Projekt im Kreis
Gütersloh – „Be my
angel“ warnt die
Polizei vor Gefahren
des zu schnellen
Fahrens, Alkohol-
und Drogenkonsums
und werben für das
Anlegen des Sicher-
heitsgurtes.
Fotos (3):
Jan Potente



Senioren sowie die richtige Sicherung von Kindern im Auto waren die aktuellen Schwerpunkte des Projektes. Wolf: „Solche umfangreichen Netzwerke leisten einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit der schwachen Verkehrsteilnehmer.“

Projekt Bochum: „Älter werden – sicher unterwegs in Bus und Bahn“

Die Bochumer Kampagne „Älter werden – sicher unterwegs in Bus und Bahn“ hat seit 2007 dazu beigetragen, dass dort weniger Senio-

ren im Straßenverkehr verunglückt sind. Außerdem sind Handtaschen- diebstähle im Jahr 2009 wieder zurückgegangen. Die Arbeit des Netzwerkes hat sich bereits positiv auf das zuvor zurückgegangene Sicherheitsempfinden der alten Menschen ausgewirkt, wie eine Umfrage belegt.



Die Bochumer Kampagne „Älter werden – sicher unterwegs in Bus und Bahn“ hat seit 2007 dazu beigetragen, dass dort weniger Senioren im Straßenverkehr verunglückt sind.

Mit dem gestiegenen Anteil der Senioren an der Gesamtgesellschaft hatten auch die durch ältere Menschen verschuldeten Unfälle mit Verletzten zugenommen. Hinzu kommt eine im Alter steigende Furcht, Opfer von Dieben oder Räubern zu werden. Das Bochumer Netzwerk geht deshalb gezielt auf Senioren zu und klärt über spezielle Gefahren für alte Menschen in der Öffentlichkeit auf. „Eine auf die besonderen Bedürfnisse der Senioren abgestimmte Vorbeugung baut Ängste ab. Sie hilft dabei, dass Menschen bis ins hohe Alter am gesell-



Nach dem Motto „Hinsehen und Handeln“ – Bedrohungsmanagement an Schulen sorgte die Ordnungspartnerschaft in Recklinghausen für ein besseres Schulklima und weniger Einsätze der Polizei an den weiterführenden Schulen.

schaftlichen Leben teilnehmen“, lobte der Innenminister.

„Schutzengel“-Projekt im Kreis Gütersloh – „Be my angel“

Insgesamt 9.200 16- bis 24-jährige Männer und Frauen verbessern im Kreis Gütersloh als „Schutzengel“ das Verhalten Gleichaltriger im Straßenverkehr. Diese Schutzengel warnen vor Gefahren des zu schnellen Fahrens, Alkohol- und Drogenkonsums und werben für das Anlegen des Sicherheitsgurtes. Im Jahr 2008 sind nicht zuletzt deswegen 16 Prozent weniger junge Fahrerinnen und Fahrer im Kreis Gütersloh verunglückt. Diese Trendwende nach nur einem Jahr Zusammenarbeit der Ordnungspartner hat auch 2009 angehalten.

Trotz Aufklärung sowie konsequenter Ahndung von Verkehrsverstößen waren im Kreis zuvor überproportio-

nal viele junge Fahrerinnen und Fahrer verunglückt. Im Projekt „Schutzengel“ hatten sich daraufhin unter anderem Polizei, die Städte und Gemeinden des Kreises, Fahr- und Berufsschulen sowie Verkehrsorganisationen zusammengeschlossen. Das Projekt wird von der Universität Duisburg-Essen wissenschaftlich begleitet. Wolf: „An den Folgen schwerer Unfälle leiden die Betroffenen oft ein ganzes Leben lang. Es ist daher wichtig, alles dafür zu tun, dass sich junge Menschen ihr Leben nicht durch Leichtsinnsverhalten.“

Projekt: „Hinsehen und Handeln“ – Bedrohungsmanagement an Schulen im Kreis Recklinghausen

Nach dem Motto „Hinsehen und Handeln“ sorgte die Ordnungspartnerschaft in Recklinghausen für ein besseres Schulklima und weniger Einsätze der Polizei an den weiter-

führenden Schulen. Das aus Polizei, Lehrern und Schulumt bestehende Netzwerk hat sich 2008 gegründet, um Bedrohungslagen und Amokfälle zu verhindern. Die Kooperationspartner haben inzwischen an den meisten weiterführenden Schulen Workshops durchgeführt. Darin trainieren Lehrer und Polizei gemeinsam, wie man alltägliche aber auch außergewöhnliche Konflikte handhaben kann. Es wird auch vermittelt, wie sich Lehrer und Schüler in Amok- und Bedrohungslagen richtig verhalten.

Innenminister Dr. Ingo Wolf: „Um Amokfälle zu verhindern, müssen wir Konflikte sehr früh erkennen. Da Probleme junger Menschen am ehesten in der Schule zu Tage treten, ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Lehrern und Polizei der beste Schutz gegen Amok und Bedrohung.“

Landesregierung zeichnet mit Rettungsmedaille

Innenminister Wolf: „Selbstloser Einsatz höchsten Respekt“



Stefan Hitzke,
Dirk Imhof
Innenminister
Dr. Ingo Wolf und
Polly Schumacher
Foto: Wilfried Meyer

Innenminister Ingo Wolf zeichnete stellvertretend für die Landesregierung 27 Personen mit der Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen aus, darunter auch eine Polizeibeamtin und sechs Polizeibeamte. „Es gehört Mut dazu, anderen Menschen in einer lebensbedrohlichen Notlage

zu helfen. Dieser selbstlose Einsatz verdient höchsten Respekt und Anerkennung“, sagte der Minister während der Feierstunde in der Kölner Wolkenburg. Die Ehrung komme den couragierten Bürgerinnen und Bürgern zu Teil, für die Mitmenschlichkeit in einer Notsituation im Vordergrund

steht. Sie seien Vorbilder für eine Kultur des Hinsehens und Handelns.

Die Rettungsmedaille des Landes Nordrhein-Westfalen wird seit 1951 für mutige Taten verliehen, bei denen Retterinnen oder Retter die Gefahr für das eigene Leben nicht

Polizeibeamte aus

verdient
und Anerkennung“



scheuten, um einen anderen Menschen aus einer lebensbedrohlichen Notlage zu befreien. In den 58 Jahren (bis 2009) wurde die aus massivem Silber gefertigte Rettungsmedaille etwa 1000 Mal verliehen und zählt damit zu den am seltensten vergebenen staatlichen Ehrungen.

Rettungsmedaille für Stefan Hitzke, Dirk Imhof und Polly Schumacher, LZPD NRW

Am 26. Februar 2009 gegen 7.00 Uhr morgens springt eine 34-jährige Frau von der Düsseldorfer Flughafenbrücke in den Rhein. Die Polizeifliegerstaffel Nordrhein-Westfalen macht sich auf die Suche und entdeckt die Frau, die leblos im Wasser treibt. Der Rhein gehört an dieser Stelle zu den am meisten befahrenen Wasserstraßen Deutschlands. Das Wasser ist 7 Grad kalt.

Der Pilot, Polizeioberkommissar Polly Schumacher, steuert den Hubschrauber seitlich vor die regungslos treibende Frau. Der Copilot, Polizeihauptkommissar Dirk Imhof dirigiert den Piloten, sodass er den Hubschrauber dicht über der

welligen Wasseroberfläche und im Tempo der Fließgeschwindigkeit des Rheins manövrieren kann. Dirk Imhof erkennt, dass die Frau noch lebt.

Polizeioberkommissar Stefan Hitzke, auch ein Besatzungsmitglied, hakt seinen Rettungsgurt ein und kletterte nach draußen auf die Trittstufe des Hubschraubers. Von dort lotst er seine Kollegen zentimetergenau heran. Schließlich gelingt es ihm, die bewusstlose Frau zu fassen. Auf der Trittstufe sitzend, zieht er die Frau aus dem Wasser. Die Frau ist stark unterkühlt und wird von einem Rettungshubschrauber ins Krankenhaus geflogen.



Die Rettungsmedaille
des Landes
Nordrhein-Westfalen.



Melanie Franken und
Sebastian Brune
Foto: Wilfried Meyer

Rettungsmedaille für Melanie Franken und Sebastian Brune, LR Rhein-Kreis Neuss

Am 21. August 2008 gegen 14.00 Uhr gerät in Meerbusch-Osterath aufgrund eines implodierten Fernsehers ein Wohnhaus in Brand. Wilfried Bahners, seit 25 Jahren Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, erhält von der Leitstelle über Funk seinen Einsatzbefehl. Da er in unmittelbarer Nähe der Brandstelle ist, eilt er sofort zum Einsatzort, ohne vorher auf der Feuerwache Schutzkleidung anzulegen.

Nachbarn informieren ihn darüber, dass sich noch zwei Frauen in dem brennenden Haus befinden. Auf Zu-

ruf reichen ihm die Nachbarn feuchte Tücher als Mundschutz; dann rennt er ins Haus. Dort hört er laute Hilferufe einer Frau aus dem Obergeschoss. Er stürmt die Treppe hoch. Die 88jährige Bewohnerin ist wegen des starken Rauches im Flur zusammengebrochen.

Wilfried Bahners zieht die Frau in Richtung Treppe; er selbst muss vor dem Rauch fliehen und das Haus verlassen. Die Polizeibeamtin Melanie Franken trifft ein und erfährt von Wilfried Bahners, wo genau die Frau liegt.

Melanie Franken ertastet die Seniorin in dem verqualmten Treppenhaus und zieht sie auf die Treppe. Gemeinsam mit ihrem Kollegen Sebastian Brune tragen sie die geschwächte Bewohnerin aus dem Haus. Wilfried Bahners hat inzwischen eine Leiter besorgt und rettet die zweite Bewohnerin durch ein Fenster aus dem Obergeschoss eines hinteren Gebäudeteils.

Sowohl die beiden Bewohnerinnen als auch die drei Retter werden mit Rauchgasvergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Rettungsmedaille für Tim Loebel und Maik Hölscher, PP Bochum

Eine überhitzte Herdplatte löst in der Nacht des 15. Januar 2009 in der Erdgeschosswohnung in der Kohlenstraße 231 in Bochum einen Brand aus. Die beiden Polizeikommissare Tim Loebel und Maik Hölscher sind als erste vor Ort. Sie versuchen, den

Bewohner der Wohnung durch Schellen, Rufen und Klopfen auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Als der nicht reagiert, treten sie die Wohnungstür ein. Dunkler Rauch quillt ihnen entgegen. Bei ihrer Suche nach dem Bewohner müssen sie immer

wieder in den Hausflur zurücklaufen, um atmen zu können.

Nach mehreren Anläufen findet Polizeikommissar Hölscher den Bewohner bewusstlos auf dem Sofa. Er hatte sich für einen Augenblick hingelegt,



Tim Loebel und
Maik Hölscher
Foto: Wilfried Meyer

während er darauf wartete, dass sein Wasser auf dem Herd kocht. Darüber war er eingeschlafen. Gemeinsam mit Polizeikommissar Loebel zieht er ihn in den Hausflur. Dort kommt der Mann

wieder zu Bewusstsein. Die Rettungskräfte übernehmen die weitere Versorgung und bringen ihn ins Krankenhaus Bergmannsheil. Der Mann wird mehrere Tage stationär behandelt.

Tim Loebel und Maik Hölscher ziehen sich bei ihrer Rettung eine leichte Rauchgasvergiftung zu.

Anzeige

TKBO
Ausrüstungen
Karl-Friedrich-
Strasse 24
44799 Bochum

Thomas Klöpper

TKBO

**Ihr Fachhändler für Polizei, Justiz, Feuerwehr,
THW und Ordnungsbehörde**

Telefon:
0234 / 9409680
Fax:
0234 / 9409550



Einsatztasche
58,- € inkl. MwSt



**Universal
Funkgerätehalter**
14,50,- € inkl. MwSt



Strickjacke moosgrün
46,50,- € inkl. MwSt



Starforce Mirage
65,- € inkl. MwSt



**Durchsuchungshandschuhe
mit Kevlar**
40,- € inkl. MwSt



Handschellenschnellverschluss
9,- € inkl. MwSt

*viele Uniformteile
auch schon in
blau erhältlich*

Unser Gesamtlieferprogramm und ständige Angebote finden Sie unter www.tkbo.de

„Frieden schaffen nach den Waffen“

*BMI und IM NRW danken
Polizeibeamten für Auslandseinsatz*

BMI Dr. Thomas de
Maizière (unten,
5. v. r.) und rechts
daneben
IdP Dieter Wehe
dankten den Polizei-
beamtinnen und
-beamten für deren
Einsatz im Ausland.
Foto: Bundespolizei



Zum zweiten Mal luden der Bundesinnenminister (BMI) und der Inspekteur der Polizei (IdP) Nordrhein-Westfalen Teilnehmer an Auslandsmissionen ein. Auch 35 nordrhein-westfälische Polizisten nahmen an der Feierstunde im Hub-schrauberhangar der Bundespolizeiabteilung Blumberg in der Nähe Berlins teil.

„Frieden und Aufbau schaffen nach den Waffen.“ Mit diesen Worten umriss IdP Dieter Wehe, gleichzeitig Leiter der Arbeitsgruppe Internationalen Polizeimissionen (AG IPM) die Aufgabe, die deutsche Polizistinnen

und Polizisten in Auslandsverwendungen erwartet. Derzeit sind allein 145 deutsche Polizeibeamte in den EU- und bilateralen Aufbau- und Ausbildungsprojekten in Afghanistan tätig – das ist ein neuer Höchststand und die Tendenz ist weiter steigend.

In vier Polizeitrainingszentren in Mazar-e Sharif, Kunduz, Feyzabad und Kabul, die im Jahr 2010 von 700 auf 1.000 Ausbildungsplätze ausgebaut werden, wurden allein in 2009 bisher rund 3.500 Polizisten aus- und fortgebildet. Insgesamt sind bislang 30.000 afghanische Polizisten durch

deutsche Trainingsexperten aus- und fortgebildet worden. Die Sicherheit der Beamten steht dabei an erster Stelle. IdP Dieter Wehe: „Die Innenministerkonferenz hat dies noch einmal für Afghanistan ausdrücklich bekräftigt!“

Mehr Informationen, Fotos und Videos zur Feierstunde finden Sie im Internetangebot der nordrhein-westfälischen Polizei unter <http://www.polizei-nrw.de/auslandseinsatz/Start/article/feierstunde-berlin.html>

Ulrich Schiefelbein, LAFP NRW

Birgitta Radermacher ist neue Polizeipräsidentin in Wuppertal

Birgitta Radermacher, bisher Stadträtin der Stadt Siegen, ist die neue Polizeipräsidentin von Wuppertal.

„Birgitta Radermacher verfügt über Führungserfahrung und zeichnet sich durch soziale Kompetenz und Offenheit aus. Als Polizeipräsidentin wird sie für die Sicherheit im bergischen Städtedreieck Wuppertal, Solingen und Remscheid sorgen. Dabei werden Ordnungspartnerschaften und die Zusammenarbeit mit enga-



gierten Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft eine hohe Priorität haben“, sagte der Minister.

Die 56-jährige war nach ihrem zweiten juristischen Staatsexamen zunächst als Rechtsanwältin tätig, bevor sie 2008 zur Stadträtin der Stadt Siegen gewählt wurde. Birgitta Radermacher ist verheiratet und hat 3 Kinder. Sie trat die Nachfolge von Joachim Werries an, der als Abteilungsleiter in das Innenministerium in Düsseldorf berufen wurde.

Detlef Schröder (NRW) übernimmt Spitzenposition bei CEPOL

Der nordrhein-westfälische Kriminaldirektor Detlef Schröder hat bei CEPOL (College European de Police) die Funktion des Programmdirektors/Head of Programmes in Großbritannien übernommen. Gleichzeitig ist Detlef Schröder der Stellvertreter des Direktors von CEPOL. Zuvor war er als Dozent an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster im Fachgebiet Kriminologie und Interdisziplinäre Kriminalprävention tätig.



Detlef Schröder hat sich im Vorfeld in einem dreistufigen Auswahlverfahren gegen 23 weitere Kandidaten aus zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten erfolgreich durchgesetzt. Als Programmdirektor | Head of Pro-

grammes hat Schröder im CEPOL-Sekretariat u.a. folgende Aufgaben:

– Leitung der Programmabteilung, damit verantwortlich für alle operativen Aktivitäten des CEPOL-Sekretariats,

- fortlaufende Evaluation und Qualitätssicherung aller Trainingsaktivitäten,
- Netzwerkkooperation mit anderen relevanten europäischen Institutionen, z. B. EUROPOL, FRONTEX, EUROJUST, EUCPN und der Chief of Police Task Force sowie Kontakte zu Staaten und Institutionen außerhalb der EU,
- Entwicklung, Umsetzung und Evaluation des jährlichen Arbeitsprogramms von CEPOL,
- Stellvertreter des CEPOL Direktors.

Informationen zu CEPOL finden Sie im Internet unter: www.cepola.europa.eu

Preisrätzel

Naturkatastrophe	▼	eine Farbe	Unterwelt, Hölle	▼	chinesische Dynastie	Abk.: Oktanzahl	starke Zunelung	Abk.: zum Teil
schwarzes Edelholz	▶				1			
Kfz-Z. Libanon	▶		Ergebnis	▶				
sieden, kochen	▶			9		Teil der Kirche		spannender Film (Kurz w.)
Zeichen für Ruthenium	▶		Schiffszubehör	▶	Abk.: Abkommen		3	
Kurzschrift (Kurz wort)		Sportfischer	▶					7
▶					längere Fahrt		Europ. Fußballverband (Abk.)	
ugs.: Unannehmlichkeit		Tischlerwerkzeug	Zimmer	▶		2		
▶	14	15						
▶			10	franz. männl. Vorname		wirklichkeitsfremd		Klangfarbe der Gesangsstimme
Gesangsgruppe	Klagelaute von Tieren		Be-wohner eines Erdteils	▶	4			
Wider-sacher	▶						Med.: zum Munde gehörig	
▶			Stockwerk	▶	ital. Haupt-stadt			
Abk.: Telefon		Lohn, Ver-dienst	▶					5
▶					Wappen-vogel			
Este, Lette oder Litaue		veraltet: Helfer, Gehilfe	Unter-arm-knochen	▶				
Vorrats-raum	▶		8					
▶	12			Toto-spieler				
lang-weilig	Gebühren-liste		Zeichen für Tellur	▶				
Rüssel-tier	▶			13				
Abk.: außer Tarif	▶		Kurzform von Maria		ital. Kloster-bruder/ Kurz w.			
Körper-partie	▶							
▶								
Gesichts-schutz am Helm		bunter Papagei	▶					

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

■ ■ ■ A ■ S ■ ■ ■
 J A E C K C H E N
 T ■ K ■ H A S E
 W E B E R E I ■ L
 A M O R ■ L O O K
 ■ ■ N ■ B L U S E
 ■ S U H L E ■ M ■
 P ■ S ■ A ■ B A P
 O ■ S T O R N O
 F I L E T ■ A ■ E
 ■ L ■ L ■ D U A L
 R E G I E R E N ■
 G R O G ■ A ■ G B
 ■ E ■ B I B E L
 ■ A T L A S ■ L O
 ■ U Z ■ R ■ A N G
 ■ F ■ A R G
 F R A G E ■
 ■ E B E N E
 ■ G ■ N ■ X
 G E S T I K
 ■ N T ■ D U
 E D A M E R
 ■ ■ B O E S

Charles Dickens (1-14)

sl0924.8-73

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----



ELISABETH – Das Musical

Gewinnen Sie mit der Streife 2 X 2 Eintrittskarten für die Vorstellung am 25. April 2010 im Capitol Theater Düsseldorf

Das Schicksal der Kaiserin Elisabeth von Österreich, besser bekannt als „Sissi“, hat ganze Generationen berührt und fasziniert zugleich. Bis heute ist ihr Mythos weit über die Grenzen Europas hinaus lebendig. Die außergewöhnliche Lebensgeschichte der schönen Kaiserin wird ab dem 18. März 2010 im Capitol Theater Düsseldorf zu sehen sein. Musik, die ans Herz geht, prunkvolle Kostüme und grandiose Bühnenbilder machen das erfolgreichste deutschsprachige Musical zu einem unvergesslichen Theatererlebnis.

Seit der Weltpremiere am 3. September 1992 in Wien eroberte ELISABETH die Herzen von über acht Millionen Menschen weltweit. Bisher wurde das Musical in nicht weniger als zehn Ländern, unter anderem Ungarn, Schweden, Deutschland und Japan, gezeigt.

Die hochkarätige Neuinszenierung „ELISABETH – Die

wahre Geschichte der Sissi“ feierte im April 2008 im Berliner Theater des Westens ihre Premiere. Harry Kupfers fesselnde Inszenierung hält zweieinhalb Stunden lang den Theatersaal in Spannung.

ELISABETH bringt den Zuschauern das Schicksal der unvergleichlichen Kaiserin nahe wie nie zuvor: hochdramatisch, zeitgemäß und unvergesslich!

Alle Leser der Streife erhalten bei Angabe der Kunden-PIN 2384 eine Ermäßigung von 10 % auf die Vollpreiskarten.

Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail mit vollständiger Privatadresse bis zum 20. März 2010 einsenden an:

Innenministerium NRW

Redaktion „Streife“

Kennwort: Sissi

Haroldstraße 5

40213 Düsseldorf



Katholische Polizeiseelsorge im Erzbistum Paderborn

Dienst der Kirche
in
der Polizei



Fortbildungs- und Freizeitangebote 2010

FORTBILDUNGS-SEMINARE:

Zum Thema: „Der Polizeidienst zwischen Tradition und Moderne – Auseinandersetzung mit Veränderungen im persönlichen und gesellschaftlichen Leben“

11. – 15. Januar	Elkeringhausen
12. – 16. April	Schwerte
4. – 8. Oktober	Hardehausen
15. – 19. November	Hardehausen
6. – 10. Dezember	Paderborn

3. – 7. Mai	Werningerode „Auseinandersetzung mit deutscher Gegenwart am Beispiel des Harzes“ staatsbürgerlich-sozialethisches Seminar
-------------	---

14. – 16. Juni	Paderborn „Glauben wir alle an den gleichen Gott?“ – das Gottesverständnis in den Weltreligionen ①
----------------	--

15. – 18. Juni	Elkeringhausen „Gesund bleiben im Alltagsstress“ – Seminar für Polizeibeamtinnen und -beamte mit Partner/in
----------------	--

27. – 29. Sept.	Paderborn „Wenn das Leben zu denken gibt“ – Gottes Güte und das Leid der Welt ①
-----------------	---

17. – 23. Okt.	Europa-Seminar / Wien „Vom neuen Werden eines alten Kontinents“ staatsbürgerlich-sozialethisches Seminar
----------------	--

FREIZEITANGEBOTE:

Familienferienfreizeit:

17. – 24. Juli bei Eckernförde

Kinderferienfreizeit „Pickmöwe“:

22. – 31. Juli in Elkeringhausen

Wanderwochenende:

27. – 29. August im Sauerland mit Partner/in

Studienkurzreise:

24. – 26. September in die Pfalz mit Partner/in

Kosten:

– für die Fortbildungs-Seminare
und Werningerode:
23,- € pro Tag und Teilnehmer für VP

① – für die Seminare Paderborn:
120,- € pro Person und Seminar für VP

– für das Stressbewältigungs-Seminar:
150,- € pro Person für Vollpension

– für das Europa-Seminar:
250,- € pro Person für Reise und Ü/F

– für die Familienferienfreizeit:
250,- € für Erwachsene
100-200,- € für Kinder u. Jugendliche - n. Alter -
Ü/Halbpension, Doppel- bzw. Familienzimmer

– für die Kinderferienfreizeit:
200,- € für Unterbringung u. Vollverpflegung

– für das Wanderwochenende:
70,- € pro Person für Vollpension

– für die Studienkurzreise:

Teilnahmekosten für Reise und HP
zu erfragen bei Anmeldung

Anmeldungen und Infos:

frühzeitig, spätestens 2 Monate
vor Veranstaltungsbeginn bei

**Diözesanpolizeipfarrer
Msgr. W. Bender
oder Frau de Kegel**

Carl-Sonnenschein-Weg 6

33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Tel. 0 52 07 / 99 59 37, Fax 0 52 07 / 99 59 68

E-Mail: polizeiseelsorge@erzbistum-paderborn.de

www.polizeiseelsorge-erzbistum-paderborn.de

Bankverbindung: Kto.-Nr. 56 609 802 bei der Bank

für Kirche und Caritas in Paderborn, BLZ: 472 603 07

Für die Seminare kann im Rahmen des
§ 4 S V r V Sonderurlaub oder gemäß Art. 11
der „Verordnung über die Wahrnehmung
der katholischen Polizeiseelsorge im Land
Nordrhein-Westfalen“ (Mbl. NW 1962,
S. 1352) Dienstbefreiung beantragt und ge-
währt werden.

 **2. Ökumenischer Kirchentag „Damit ihr Hoffnung habt“ 12. – 16. Mai 2010 München**

Rätselgewinner



Herzlichen Glückwunsch, Frau Woltering aus Siegen und Herr
Saalkauf aus Köln. Sie haben jeweils 2 Eintrittskarten für die
Eintrittskarten des Musicals VOM GEIST DER WEIHNACHT
gewonnen. Ihre Redaktion Streife

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist
der 26. Februar 2010.**

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Ludger Harmeier, Leiter
des Referates Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Redaktion: Ralf Hövelmann, Wolfgang Baldes

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion „Streife“
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 871-23 66,
Fax (02 11) 871-23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
VVA Kommunikation GmbH,
www.vva.de
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Opitz-Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 22 vom 1. Januar 2010.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die
Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die
„Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit
Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall
die Meinung des Herausgebers (Signet des Heraus-
gebers L) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für
Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt
werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:

Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei
Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonne-
mentpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatz-
steuer und Versandkosten).



Kirchlicher Dienst / Kirchliche Arbeit in der Polizei

Veranstaltungsangebote 2010

der Evangelischen Landespfarrämter in Nordrhein-Westfalen

Bildungs- wochen

„Deutschland wohin?“

Gesellschaftliche Herausforderungen
der nächsten Jahre

07.-11.06. • Berlin

GS: Westfalen

Leitung: Pfarrer Jan-Chr. Borries

Pfarrer Burkhard Müller

Kosten: 150,- € p.P.

„Mir doch egal!“

Wertvorstellungen in Beruf und
Gesellschaft

20.-24.09. • Dresden

GS: Westfalen

Leitung: Pfarrer Jochen Voigt

Kosten: 120,- € p.P.

Familienbildungswoche

Erwachsene 80,- €, Kinder ab 14 J. 50,- €,
ab 10 J. 35,- €, bis 9 J. 30,- €

„Alles wird weniger!?“

Unser Umgang mit Knappheiten in
Beruf, Familie und Gesellschaft

11.-15.10. • Burg Bodenstein, Thüringen

GS: Westfalen

Leitung: Pfarrer Jochen Wahl

Familien- wochenenden

Erwachsene 50,- €, Kinder 40,- €

Vater und Kind Seminar

26.-28.02. • Rinkscheid

GS: Westfalen

Leitung: Pfarrer Jochen Wahl

„Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Ziele und Wünsche im Spannungsfeld
von Beruf und Familie

23.-25. 04. • Eslohe, Ponyhof Meier

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Astrid Taudien

Pfarrer Michael Clauß und Team

Adventszeit –

Zeit der Besinnung?!

26.-28.11. • Eslohe, Ponyhof Meier

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrer Reinhard Behnke

Pfarrerin Regina Kulpe von Eckardstein und Team

Kosten: Erw. 55,- €, Kinder 45,- €

Berufsethische Fachseminare

Pro Person / Übernachtung 30,- €

Problemfeld Todesbenachrichtigungen

03.-04.03. • Neuss, Bildungszentrum

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Bianca van der Heyden

Pfarrer Folkhard Werth

„Wie berechenbar bin ich?“

Ethische Führung in der Polizei
Führungskräfte h.D.

23.-24.03. • Wuppertal, ThZW

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrer Reinhard Behnke

Pfarrer Werner Schiewek

STUDIENREISE KAPPADOKIEN

10.04.-17.04. • Düsseldorf – Ankara-Antalya

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Regina Kulpe v. Eckardstein

Kosten für Flug, Ü+ HP, Besichtigungen und Begegnungen

(Polizei/Gemeinde) unter deutschsprachiger Leitung: 699,- €
p.P. im DZ

Stille-Seminar: „....denn du hältst mich bei meiner rechten Hand.“ (Ps 73,23)

19.-23.04. • Rengsdorf, Haus der Stille

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Claudia Kiehn

Pfarrerin Astrid Taudien

Kosten: 164,- € p.P.

„Zwischen Traumberuf und Berufstrauma“

Umgang mit belastenden Ereignissen
nach polizeilichen Einsätzen

04.-05.05. • Bielefeld, Haus Salem

GS: Westfalen

Leitung: Polizeibeamter Christoph Bröcker

Pfarrerin Astrid Taudien

Ökumenischer Kirchentag „Damit ihr Hoffnung habt“

12.-16.05. • München, I. Bereitschaftspolizei

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Regina Kulpe von Eckardstein

Pfarrer Johannes Gospos

„Ohne uns läuft nichts ...oder?!“

Frauen in der Polizei – Seminar
für Polizistinnen

15.-16.06. • Schwerte, Haus Villigst

GS: Westfalen

Leitung: Pfarrerin Judith Palm

Pfarrerin Astrid Taudien

„Ich weiß gar nicht, was ich sagen soll“ – Vom Umgang mit Kollegen, die ein Unglück trifft

09.-10.06. • Wuppertal, ThZW

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Bianca van der Heyden

Pfarrer Folkhard Werth

„AUS-ZEIT“ –

Schnuppertage Spiritualität

15.-17.06 • Kall, Kloster Steinfeld

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Claudia Kiehn

Pfarrer Werner Schiewek

Stille-Seminar: „Zurück zur Quelle, die mir Kraft gibt“

28.06.-02.07. • Rengsdorf, Haus der Stille

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Eva Gütther

Pfarrerin Claudia Kiehn

Kosten: 164,- € p.P.

„Im Reiche Gottes ist niemand zweite Wahl!“

05.-09.07. • Wuppertal, Pastoralkolleg

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Claudia Kiehn

Pfarrer Werner Schiewek

„Welt von heute – Polizei von morgen“ Gemeinsame Verantwortung in einer Welt der Gegensätze

Seminar für Landes- und Bundespolizei

08.-10.09. • Zell, Bildungsstätte Marienburg

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Anne Henning

Pfarrerin Claudia Kiehn

Berufliche Langzeitbelastungen

28.-29.09. • Wuppertal, ThZW

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Claudia Kiehn

Pfarrer Folkhard Werth

Stille-Seminar: „Atemholen für die Seele“

25.-29.10. • Rengsdorf, Haus der Stille

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrerin Claudia Kiehn

Pfarrerin Astrid Taudien

Kosten: 164,- € p.P.

„Der Übergang: Die letzten Berufs- jahre – die ersten Jahre danach“

28.10. • Schwerte, Haus Villigst

GS: Westfalen

Leitung: Pfarrer Roland Krämer

Hans Jörg Richard, Männerarbeit

„Damit habe ich nicht gerechnet...“ Seminar für Trauernde in der Polizei

08.-11.11. Kall, Kloster Steinfeld

GS: Rheinland

Leitung: Pfarrer Reinhard Behnke

Pfarrerin Claudia Kiehn

Anmeldung und Infos

bei den jeweils
genannten Geschäfts-
stellen (GS) der
Landespfarrämter

Westfalen:

Landespfarramt der EKvW für den
Kirchlichen Dienst in der Polizei

Ursula Horsch

Melchersstr. 57 • 48149 Münster

Tel. 0251/2006880 • Fax: 0251/2006881

e-mail: kirchlicher.dienst.muenster@t-online.de

www.polizeiseelsorge-westfalen.de

Rheinland:

Landespfarramt für
Polizeiseelsorge der EKIR

Sabine vom Bey

Missionsstr. 9 a/b • 42285 Wuppertal

Tel. 0202/2820350 • Fax: 0202/2820360

e-mail: polizeiseelsorge@ekir.de

www.polizeiseelsorge-rheinland.de

Hinweis zum Thema „Dienstbefreiung“

Gem. Art. 11 der „Vereinbarung über die Wahrnehmung
der Ev. Polizeiseelsorge im Land Nordrhein-Westfalen“
(Mbl. NW 1962, S. 1355) können Sie nach § 7 Satz
1 Nr. 3 als Polizeibeamtin / Polizeibeamter Dienst-
befreiung beantragen. Die Seminare werden gemäß
den Bestimmungen des Weiterbildungsgesetzes (WbG)
durchgeführt.